

Zürcher Journalistenpreis 2020

Carole Koch

Boas Ruh

Im Netz der Klimaleugner

Thomas Schlittler

Das kranke IV-System

Christian Zeier

Die CS und die Zwei-Milliarden-Dollar-Frage

Daniel Faulhaber

Der grosse Schaugasmus (Newcomer-Preis)

Der Zürcher Journalistenpreis

Es gibt nicht wenige Medienpreise in der Schweiz. Kaum einer aber hat eine so lange Tradition wie der Zürcher Journalistenpreis, den der Zürcher Presseverein (ZPV) ins Leben rief und 1981 erstmals verliehen hat. Trägerin ist heute die Stiftung Zürcher Journalistenpreis. Ihr Zweck ist es, über die Ausschreibung und Vergabe eines Preises einen Beitrag zur Förderung der journalistischen Qualität zu leisten. Die Prämierung von herausragenden Arbeiten soll Journalistinnen und Journalisten ermutigen, ihre unter immer anspruchsvolleren Bedingungen zu leistende Aufgabe inhaltlich wie auch stilistisch auf hohem Niveau zu meistern und journalistische Werke zu schaffen, die über den Tag hinaus in Erinnerung bleiben. Eine unabhängige, sechsköpfige Jury aus Journalisten und Publizisten begutachtet die eingereichten Arbeiten, die in Produkten von Medienunternehmen in der Deutschschweiz erschienen sind. Die Auswahl erfolgt in einem mehrstufigen Verfahren. Die drei grossen Zürcher Verlagshäuser übernehmen neu die Trägerschaft. Sie und namhafte Spender und Sponsoren finanzieren die Preise.

Preisträger 2020

Carole Koch

Boas Ruh

Im Netz der Klimaleugner 8

Thomas Schlittler

Das kranke IV-System 16

Christian Zeier

Die CS und die
Zwei-Milliarden-Dollar-Frage 26

Daniel Faulhaber

Der grosse Schaugasmus
(Newcomer-Preis) 36

Happy Birthday ZJP!

Grussadresse des Präsidenten



Vor 40 Jahren wurde der Zürcher Journalistenpreis ins Leben gerufen. Der erste Präsident war der ebenso legendäre wie umstrittene Hans W. Kopp, damals eine schweizerische Medien-Koryphäe, Medienanwalt und späterer Chef der bundesrätlichen Mediengesamtkonzeption. Im Jahre 1981 wurden die ersten Preise vergeben, an Hugo Büttler, Peter Frey und Urs P. Gasche.

Wer die Namen der bisherigen Preisträger und Preisträgerinnen durchliest (am Ende dieser Broschüre), wähnt sich in einem Kaleidoskop der schweizerischen Journalistentalente. Diese Namen haben nicht nur den zürcherischen, nein, auch den nationalen Journalismus während fast eines halben Jahrhunderts geprägt.

Und gerade deshalb – weil der Zürcher Journalistenpreis stets national ausstrahlte – wurde dieser vor zwei Jahren auf die gesamte Deutschschweiz ausgedehnt. Er ist damit erst recht zu jener Journalistenauszeichnung geworden, welche das Talentfeld herausragender helvetischer Presse- und Medienarbeit am besten abbildet. Mittlerweile zählt der ZJP zu den fünf wichtigsten Journalismuspreisen im deutschen Sprachraum.

Rechtzeitig zum Jubiläumsjahr ist es uns deshalb auch gelungen, den ZJP auf eine breitere wirtschaftliche Basis zu stellen. Die drei grossen schweizerischen Verlagshäuser Tamedia, Ringier und NZZ haben sich in einer für die hiesige Medienpolitik bemerkenswert spontanen Aktion bereit erklärt, als künftige Medien-Trägerschaft aufzutreten und den Preis mit einer jährlich wiederkehrenden stolzen Summe zu unterstützen. Damit wird der ZJP künftig vor allem von der Medienbranche

getragen, was seiner Unabhängigkeit zugutekommt. Dafür geht mein grosser Dank an Pietro Supino, Marc Walder und Eric Gujer.

Aber auch allen anderen Sponsoren aus der Wirtschaft und allen unseren Gönnern und Kleinspendern aus der Branche danke ich herzlich. Sie ermöglichen über das Jubiläumsjahr hinaus eine gut funktionierende Organisation des ZJP und attraktive Preise. Dies alles stimmt optimistisch – für die nächsten 40 Jahre!

Andrea Masüger

Präsident Stiftung Zürcher Journalistenpreis

Stiftungsrat

Andrea Masüger (Präsident)

Publizist, Verwaltungsrat Somedia

Marco Boselli

Tamedia

Hannes Britschgi

Ringier

Kaspar Loeb

Kommunikationsberater

Riccarda Mecklenburg

Dozentin und Publizistin

Rainer Stadler

NZZ

Geschäftsführung

Yeliz Açıksöz Demirkol

Jury

Hannes Britschgi (Präsident)

Ringier

Stefan von Bergen

Berner Zeitung

Susan Boos

WOZ Die Wochenzeitung

Lisa Feldmann

Autorin

Nina Jecker

Basler Zeitung

Hansi Voigt

Journalist

Die Jury

Hannes Britschgi

(Präsident)



Hannes Britschgi, 1955, aus Obwalden, studierte an der juristischen Fakultät Bern und machte 1984 das Berner Anwaltspatent. Seit über 30 ist er Journalist. Zuerst beim Schweizer Fernsehen: «Karussell»,

«Max», «Kassensturz», «Rundschau». Für seine «Rundschau»-Interviews erhielt er den «Telepreis 1997». 2001 wechselte er als Chefredaktor zum Schweizer Nachrichtenmagazin «FACTS». 2005 übernahm er die Programmleitung von «Ringier TV». 2008 wurde er «SonntagsBlick»-Chefredaktor. Seit 2011 leitet er die Ringier Journalistenschule.

Stefan von Bergen



Stefan von Bergen, 1960 in Bern geboren, studierte deutsche Literatur und Geschichte an den Universitäten Bern und Wien, zudem erwarb er das Gymnasiallehrerdiplom. 1990 stieg er nach einer achtmonatigen Weltreise in den Journalismus ein,

erst als Lokalredaktor, dann als Kulturredaktor der «Berner Zeitung BZ». Ab 2001 baute er den Samstags-Hintergrundteil «Zeitpunkt» der BZ auf, den er leitete. 2002 gewann er den BZ-Preis für Lokaljournalismus (heute: Swiss Press Award.) für ein Porträt des Boxers Enrico Scacchia. Seit 2009 schreibt er auch regelmässig für die Schweiz-Seiten von «Die Zeit». 2011 gewann er den Tamedia-Förderpreis für eine Beitragsreihe im BZ-«Zeitpunkt» über die Lage des Kantons Bern. Daraus erwuchs das Buch «Wie viel Bern braucht die Schweiz?» (Stämpfli-Verlag), das er 2012 als Co-Autor publizierte. Heute ist er bei der BZ Coach der Praktikanten und Volontäre sowie Hintergrundredaktor im Ressort Kanton Bern.

Susan Boos



Susan Boos ist 1963 in Zürich geboren und danach in St. Gallen aufgewachsen. Nach der Ausbildung zur Primarlehrerin im Seminar Rorschach stieg sie 1984 bei der «Ostschweizer AZ» in den

Journalismus ein und studierte gleichzeitig an der Universität Zürich Ethnologie, Politologie und Publizistik.

1989 wurde sie Redaktorin der «Ostschweizer AZ» und wechselte 1991 als Redaktorin zur «WOZ Die Wochenzeitung»; von 2005 bis Ende 2017 war Boos in der Redaktionsleitung. Sie hat verschiedene Bücher publiziert, darunter «Fukushima lässt grüssen. Die Folgen eines Super-GAU», das im März 2011 im Rotpunktverlag erschienen ist.

Lisa Feldmann



Lisa Feldmann, geboren 1958 in Plettenberg, hat nach ihrem Studium der Germanistik und Anglistik (Magister) eine journalistische Laufbahn eingeschlagen, die beim «Stern» begann und

rasch Richtung Lifestyle, Mode und Frauenthemen weiterführte. Sie war in der Chefredaktion von «Elle», danach Chefredaktorin der «Cosmopolitan». Anschliessend leitete sie die Special-Redaktion des Magazins der «Süddeutschen Zeitung».

Seit 2002 lebt Lisa Feldmann in der Schweiz und ist inzwischen auch Schweizerin. Ihre journalistischen Stationen hier: Mode-Berichterstattung im Lifestyle-Bund der «Sonntagszeitung», Chefredaktorin der «Annabelle» (2004–2013). Im Sommer 2013 ging sie als Chefredaktorin zu «Interview». Seit Sommer 2015 brachte sie die deutsche Ausgabe der französischen Zeitschrift «L'Officiel» an den Start, die sie als Gründungs-Chefredaktorin für zwei Jahre leitete. Seit Sommer 2017 arbeitet sie an verschiedenen Projekten in der Schweiz – konzipierend, beratend, aber auch als Autorin. 2019 startete sie darüber hinaus eine Podcast-Reihe und den Lifestyle-Blog www.feldmanntrommelt.com, dessen Inhalte sie neuerdings auch in einer Kolumne für den «Blick» aufgreift.

Nina Jecker



Nina Jecker, geboren 1981 in Basel, arbeitet als Redaktorin und Kolumnistin bei der «Basler Zeitung». Zum Journalismus kam sie während des Jurastudiums als freie Mitarbeiterin der «Neuen

Fricktaler Zeitung». Jecker fand grossen Gefallen am Schreiben und entschied sich nach dem Vorlizentiat, eine Auszeit vom Studium zu nehmen und 2006 ein journalistisches Praktikum bei «20 Minuten» in Bern zu absolvieren. Nach einem halben Jahr konnte Jecker als Redaktorin im Team bleiben, weitere drei Jahre später übernahm sie die Leitung der Berner Lokalredaktion von «20 Minuten». Es folgte 2012 ein Wechsel zur «Basler Zeitung», wo Jecker als stellvertretende Leiterin der Lokalredaktion tätig war. Ein Jahr später kam es erneut zum Wechsel zu «20 Minuten», um auf der neuen, konvergenten Redaktion in Zürich als Reporterin im Einsatz zu sein. Seit 2014 ist Jecker erneut in Basel für die «BaZ» tätig, zuerst als Ressortleiterin Lokales, seit der Geburt des ersten Sohnes 2016 als Redaktorin für Gesellschaftsthemen, Gerichtsprozesse und Lokales.



Hansi Voigt (49) war von Oktober 2007 bis Dezember 2012 Chefredaktor von 20 Minuten Online. In dieser Zeit entwickelte sich das Online-Angebot der Gratiszeitung zum grössten Newsportal

der Schweiz. Vorher war er beim «Beobachter» tätig und davor lange Jahre, unter anderem als Blattmacher, bei der Wirtschaftszeitung «Cash».

2006 wurde Voigt gemeinsam mit Ursula Gabathuler für einen Artikel im «Beobachter» zum Thema Armut mit dem Zürcher Journalistenpreis ausgezeichnet. Im Jahr 2012 wurde er vom Fachmagazin «Schweizer Journalist» zum «Chefredaktor des Jahres» gewählt.

Voigt hat seit seinem Weggang von 20 Minuten Online verschiedene Beratermandate in der Schweiz und in Deutschland angenommen und sieht im digitalen Wandel vor allem viele Chancen für Journalisten und den Journalismus. Er hat 2013 das Newsportal Watson gegründet und gemeinsam mit Peter Wanner, dem Verleger der AZ Medien, lanciert. Nach der dreijährigen Aufbauphase hat er die Geschäftsführung an Michael Wanner übergeben. Er ist nun als Berater tätig.

Der

Zürcher Journalistenpreis 2020

wird

Carole Koch und Boas Ruh

für ihren Artikel

Im Netz der Klimaleugner

erschienen in der NZZ am Sonntag vom 10. März 2019

verliehen.

Zürich, 8. September 2020

Die Jury:


Hannes Britschgi


Susan Boos


Lisa Feldmann


Hansi Voigt


Nina Jecker


Stefan von Bergen

Preisträger



Carole Koch

Für meine Geschichten habe ich in den letzten zehn Jahren neben Obdachlosen am Zürcher Flughafen geschlafen, mit kanadischen Glücksrittern Gold gesucht oder mit dem isländischen Polit-Punk Jón Gnarr Moostee getrunken. Das mag ich am Journalismus – ins Leben von Menschen zu blicken, die ich sonst nicht kennenlernen würde. Angefangen hat alles in Solothurn, wo ich als Kind ein eigenes Magazin zusammenbastelte. Nach dem Master in Germanistik und Publizistik ging es bei der «Annabelle» los. Später war ich Redaktorin im Ressort Gesellschaft der «NZZ am Sonntag» und der «NZZ». Als freie Journalistin habe ich auch für Magazine wie «Reportagen», «Folio» oder «Geo» geschrieben. Seit einer Reportage in einem Survivalkurs interessiere ich mich insbesondere dafür, welche Bedeutung die Natur in unserer zivilisierten Welt hat. Als Hintergrund-Redaktorin der «NZZ am Sonntag» wollte ich unter anderem herausfinden, warum sich die Umweltikone Jane Goodall nie radikalisierte und weshalb das Outdoorunternehmen Patagonia gegen Donald Trump klagt. Wenn ich nicht schreibe, bin ich in den Bergen des Unterengadins, wo ich mit meinem Mann und unserem Hund beide Welten lebe.



Boas Ruh

Boas Ruh, geboren 1991 in Schaffhausen, ist Redaktor bei der «NZZ am Sonntag». Nach einer kaufmännischen Lehre unternahm er ausgedehnte Reisen durch die Schweiz als Kondukteur bei den SBB. An der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften hat er ein Journalismus- und Kommunikationsstudium absolviert und daneben als freier Journalist gearbeitet. Nach Praktika beim Fernsehen und einem Online-Medium volontierte er in der Inlandredaktion der «Neuen Zürcher Zeitung». Danach war er Chef vom Dienst in der Nachrichtenredaktion der NZZ. Seit Oktober 2018 arbeitet Boas Ruh im Digital-Team der «NZZ am Sonntag». Dort ist er Blattmacher Digital, verantwortlich für Podcast-Produktionen und recherchiert und schreibt für verschiedene Ressorts.

Laudatio

Laudatio für Carole Koch und Boas Ruh
von *Lisa Feldmann*

Schon die Überschrift kommt einer Provokation nahe. Sie wird später vom Presserat geprüft werden, nachdem einer der Protagonisten des Textes sich gegen das Emblem «Klimaleugner» zu Wehr setzen wollte – allerdings erfolglos.

Genauso ungestraft, wie man heutzutage den deutschen AfD-Politiker Björn Höcke einen «Faschisten» nennen darf, dürfen wir jetzt auch einen pensionierter Wut-Bürger wie Paul Bossert wegen seines «Klimamanifestes» und den darin geäußerten Ideologien einen «Klimaleugner» nennen. Und das verdanken wir Carole Koch und ihrem Kollegen Boas Ruh.

Carole Koch war auf das Phänomen zunächst beinahe zufällig gestossen, im Gespräch mit Reto Knutti, einem Klimaforscher an der ETH Zürich. Der erzählte ihr von den infamen Unterstellungen und Drohungen, die ihn via Mail erreichen, aber auch von den Fake-Accounts und von Interviews, die er nie gegeben hatte.

Koch wurde aufmerksam: So viel Engagement weckte ihr Reporter-Interesse. Woher stammte diese negative Energie, was genau wollten diese selbsternannten «Energie-Strategen» erreichen, wer steckte möglicherweise hinter diesen «Think-Tanks» und aus welchem Interesse heraus?

Carole Koch beginnt nach und nach das Netzwerk und damit das Netz dieser Interessengruppe zu entwirren, spannend wird es, wenn sie uns lesend nachvollziehen lässt, wie irrlichternde Pseudo-Wissenschaftler auf politische Lobbyisten treffen, das Systematische und damit das eigentlich Relevante zu Tage tritt.

Unter tatkräftiger Mithilfe ihres Online-Kollegen Boas Ruh entfaltet Koch so vor unseren Augen einen «Hintergrund» im wörtlichen Sinn, wie es nicht nur der «NZZ am Sonntag» sehr gut zu Gesicht steht – sich anschliessende Kontroverse inklusive.

Wir zeichnen diesen Text auch aus, weil wir uns mehr von solchen erhoffen.

Carole Koch konnte sich innerhalb ihres Ressorts für Wochen dieses Themas annehmen, sich Mitstreiter aus anderen Ressorts suchen, eine aufwendige Grafik erstellen lassen, mit ihren mutigen Produzenten schliesslich einen Drei-Seiter «raushauen», der sich auch international mit jedem seriösen Medium messen lassen kann. Nur wer seinen Reportern diese Freiheit und diese Unterstützung bieten kann, wird auch in Zukunft eine ernstzunehmende «vierte Gewalt» in jedem Staat, in jeder Gesellschaft repräsentieren.

Wie wichtig aber genau dies ist: dem nicht enden wollenden Strom der Nachrichten, die im Minuten-Takt aus dem Internet in unser Bewusstsein rieseln, eine Kraft entgegenzusetzen, das lernen wir aus diesem Text.

Wer wie ich mit meinen deutschen Genen ein Journalisten-Leben lang mit Holocaust-Leugnern zu tun hatte, wer auch in diesen Tagen die Transparente der Pandemie-Leugner über seinen Bildschirm flimmern sieht, der kann nur hoffen, dass Reporterinnen und Reporter wie Carole Koch und Boas Ruh weiter ihrem Impuls folgen dürfen und damit Themen erkennen, recherchieren und doppelt- und dreifach checken dürfen.

Um den Preis, den so etwas eben kostet.

Erschienen am 10. März 2019

Gefälschte Interviews, denunzierende Videos: Weltweit greifen Klimaskeptiker und Lobbyisten etablierte Wissenschaftler an. Ihr einflussreiches Netzwerk spannt sich auch über die Schweiz.

Von *Carole Koch und Boas Ruh*

Reto Knutti, Klimaforscher an der ETH Zürich, beschreibt die Angriffe auf seine Wissenschaft in fünf Stufen: lärmern, sabotieren, attackieren, diffamieren, bedrohen. Im Dezember hat er einmal mehr Stufe vier erlebt: diffamieren.

Es war in der Radiosendung «Kontext», die auf SRF 2 ausgestrahlt wurde. Darin beantwortete Knutti Fragen zum Klimawandel. Am Ende sagte die Moderatorin Monika Schärer: «Auf Ihrer Facebook-Seite habe ich den Satz gefunden: «Ich tue mein Bestes, um die Welt zu retten.» Was tun Sie konkret?» Knutti hielt inne, um diesen Moment der Irritation so zu überspielen: «Ich bin nicht sicher, ob ich das gesagt habe.» Knutti hat nie ein Profil auf Facebook angelegt. Aber jemand anders.

Reto Knutti ist Professor für Klimaphysik und das Aushängeschild der Schweizer Klimaforscher. Das macht ihn zur Zielscheibe.

Kein anderer Wissenschaftszweig war in den letzten Jahren mehr im Fokus als die Klimaforschung. Und Reto Knutti ist nur eine Reizfigur für ein Netzwerk von Skeptikern und Leugnern, das von Oberägeri bis nach Washington DC reicht, von privaten Instituten bis ins Weisse Haus.

Das Facebook-Profil ist der zweite Angriff auf Knuttis Identität: 2017 hat die amerikanische Fake-News-Seite «Before It's News» ein gefälschtes Interview mit dem Forscher veröffentlicht, das auch in Russland verbreitet wurde. Darin sagt «Knutti» den «Horror» einer bevorstehenden Apokalypse voraus, in prophetischen Sätzen wie «In der Schweiz haben Sie noch drei Jahre».

Klingt absurd, aber seriös genug, um Journalisten von Bulgarien bis Russland glauben zu lassen, Knutti habe diese Aussagen tatsächlich gemacht. Knutti, der die beiden letzten grossen Berichte des Weltklimarats als Hauptautor mitverfasst hat.

Das Intergovernmental Panel on Climate Change IPCC wurde 1988 von den Vereinten Nationen und der Weltorganisation für Meteorologie mit dem Ziel gegründet, den

Stand der Forschung zum Klimawandel zusammenzutragen und Risiken abzuschätzen. Für den letzten Bericht haben über 800 Forscher aus mehr als 80 Ländern Zehntausende Studien ausgewertet. Auf sie verlassen sich die Regierungen dieser Welt. Auf dem IPCC-Bericht basieren das Pariser Abkommen und die aktuellste Forderung, CO₂-Emissionen bis im Jahr 2050 auf null zu bringen.

Es ist eine Forderung, die spaltet: links versus rechts, Generation Greta versus Generation Trump, sogenannte «Warmisten» oder Alarmisten versus Skeptiker oder Leugner.

«Gangsterbande IPCC»

Und so hat sich jemand die Mühe gemacht, Knuttis Aussagen zu fälschen. «Das hat mich schon erschreckt», sagt er am Institut für Atmosphäre und Klima der ETH Zürich. «Die Gangsterbande des IPCC gehört ins Gefängnis», zitiert Knutti aus den E-Mails von Kritikern. «Es ist eine Frage der Zeit, wann Sie an den Europäischen Gerichtshof gezogen werden.»

Früher empfand Knutti solche E-Mails noch als unangenehm. Heute sagt er: «Schlimm ist, wenn Aussagen gefälscht werden und ich die Kontrolle über meine Argumentation verliere.» Weil das mitten ins Herz des Forschers zielt: seine Kompetenz.

Knutti spricht ohne Groll. Mit 45 sieht er immer noch aus wie der Lehrersohn aus dem Berner Oberland, der bei Thomas Stocker doktoriert hat, dem Leiter der Abteilung Klima- und Umweltphysik an der Universität Bern, einem der renommiertesten Klimaforscher der Welt. Auch Stocker wird von Erfahrungen mit Skeptikern erzählen. Die Geschichte von Reto Knutti ist die von allen prominenten Klimaforschern dieser Welt. Immer dieselbe Handlung, mit austauschbaren Leugnern.

Einer von ihnen ist Paul Bossert, 80, der als ehemaliger Bauingenieur von Klimaforschung so viel Ahnung haben dürfte wie Knutti vom Häuserbau. Trotzdem beschwert er sich sogar bei Bundesräten über den Forscher. Oder beim ETH-Vizepräsidenten für Personal und Ressourcen: «Herr Knutti will den Nachweis einer Kausalität zwischen CO₂ und Erderwärmung nicht bringen», schrieb er im Januar.

Bossert erfüllt dieselben Attribute wie fast alle, die in dieser Recherche eine Rolle spielen:



© Volker Sträter

Sie sind männlich, pensioniert oder emeritiert. Sie bezeichnen sich als wissenschaftlich kompetent, ohne etablierte Klimaforscher zu sein. Und sie säen Zweifel.

Man kann diese Männer in Kategorien einteilen: 1. Klimaleugner. Sie zweifeln an der Existenz der Klimaerwärmung und am menschlichen Einfluss auf die steigenden Temperaturen. 2. Klimaskeptiker. Sie zweifeln an der Grösse des menschengemachten Anteils, den problematischen Folgen des Klimawandels und der Wirksamkeit von Schutzmassnahmen.

Der Subtext ist immer derselbe: Es gibt für sie keine wissenschaftliche Grundlage, die umweltpolitische Eingriffe rechtfertigen würde. Und so herrscht ein Schein-Krieg um wissenschaftliche Fakten, in Wahrheit ist es ein Krieg um Geld, Macht und Ideologien.

Paul Bossert hat das «Klimamanifest von Heiligenroth» verfasst, eine Initiative von «Klimarealisten» aus der Schweiz und Deutschland, die den Einfluss von menschlich verursachtem CO₂ auf das Klima bestreiten.

Am Telefon bezeichnet sich Bossert als Naturwissenschaftler, der die Erkenntnisse der etablierten Forschung für erstunken und erlogen hält. «Und Sie», sagt er, «sollten den Mainstream nicht nachplappern. Es wird nicht wärmer, sondern kälter.»

Mainstream? 1988 hat der Nasa-Forscher James Hansen dem amerikanischen Kongress die Auswirkungen des Treibhauseffekts erklärt. Als der wissenschaftliche Konsens viele Jahre später wieder infrage gestellt wurde,

untersuchte die Historikerin Naomi Oreskes alle Studien, die zwischen 1993 und 2003 in Fachzeitschriften unter dem Stichwort «globaler Klimawandel» erschienen waren. Keine der 928 begutachteten Arbeiten bestritt, dass der grösste Teil der beobachteten Erwärmung menschengemacht ist. Heute kommen 97 Prozent der Studien und meistpublizierenden Klimaforscher auch zu diesem Ergebnis.

Es gibt also zwei Debatten, die Fachdiskussion an den Universitäten und die Skeptikerdiskussion in einer Parallelwelt von Blogs, privaten «Instituten» und Konferenzen.

Paul Bossert trifft mit seinen Leserbriefen und Kommentaren einen Nerv bei Leuten, die Eliten anzweifeln und um ihre Freiheit fürchten. Die Männer vom Klimamanifest Heiligenroth besuchen auch Vorträge wie etwa den vom Berner Klimaforscher Stocker in Vaduz, um ihn in sogenannten Video-«Faktenchecks» zu sezieren. Diese Videos werden wiederum auf der Seite des Europäischen Instituts für Klima und Energie Eike veröffentlicht, der deutschen Drehscheibe eines internationalen Netzwerks, von dem später noch die Rede sein wird.

So unprofessionell die Videos anmuten, sie sind nicht zu unterschätzen. Das Klimamanifest, das 342 Personen unterschrieben haben, vom Tischlermeister über den Landwirt bis zum Arzt, erinnert im Kern an die Oregon-Petition.

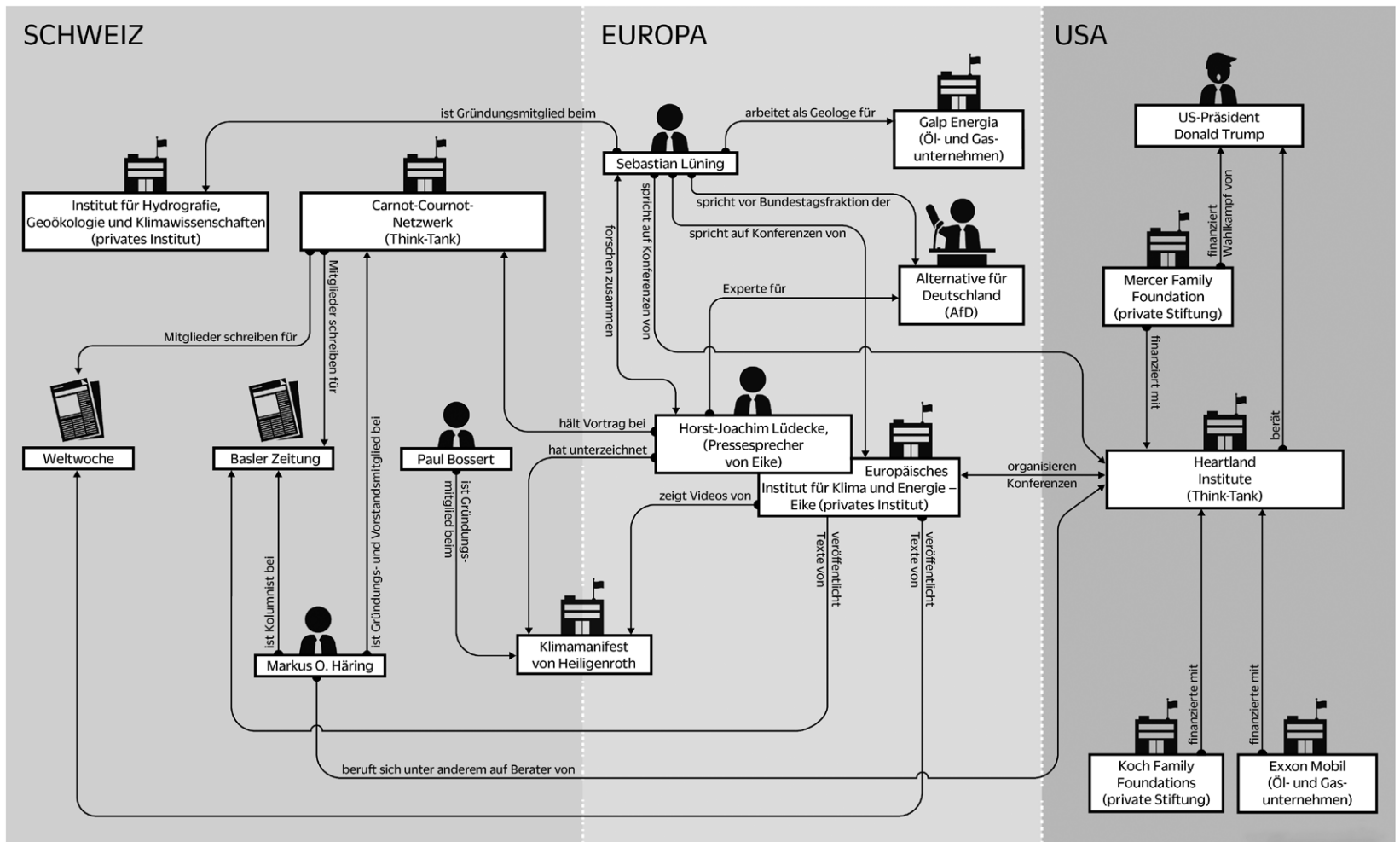
Ab 1998 unterzeichneten über 31 000 sogenannte Wissenschaftler eine Erklärung, die den menschengemachten Klimawandel für einen

Schwindel halten. Unterschrieben wurde auch mit Namen wie Charles Darwin. Die National Academy of Sciences, die berühmteste Vereinigung der US-Wissenschaftler, distanzierte sich von der Petition. Dennoch wird sie bis heute als fundierter Gegenbeleg verwendet – auch in der Argumentation von Politikern. SVP-Nationalrat Walter Wobmann zum Beispiel verweist im Gespräch noch 20 Jahre später auf die «31 000 Forscher». «Ob der Mensch schuld am Klimawandel ist, kann niemand beweisen», sagt er. «Sein CO₂-Ausstoss ist unbedeutend klein.»

Glauben an den Zweifel

Das glaubt auch ein beachtlicher Teil der Schweizer Bevölkerung. Gemäss der «European Social Survey» zweifeln 98 Prozent der befragten Teilnehmer den Klimawandel zwar nicht an. Nur 44 Prozent glauben jedoch, dass menschliche Aktivitäten hauptsächlich für die Erwärmung verantwortlich sind. Wie ist das möglich? Und wer hat Interesse an einer alternativen Wahrheit?

Markus O. Häring, Geologe, 67, hat einst als Spezialist für Geothermie Schlagzeilen gemacht. Er wollte Basel mit Strom aus Erdwärme versorgen. Seine Tiefenbohrungen liessen jedoch die Erde beben und Häuser zittern. Häring kam als Projektleiter vor Gericht, wurde aber freigesprochen. Heute ist der Pensionär einer von Unzähligen, die Meinungsartikel oder Bücher schreiben. «Sündenbock CO₂» heisst Härings neuestes Buch.



© Daniel Röttele

Zudem erreicht er als Kolumnist der «Basler Zeitung» regelmässig ein grösseres Publikum. Die «BaZ» bildete hierzulande mit der «Weltwoche» eine mediale Sturmfront gegen den wissenschaftlichen Klimakonsens. In seinen Texten vergleicht Häring den Weltklimarat etwa mit einer Lehrerin, die ihren Schülern einen hungernden Eisbären aufbinde. Das IPCC sei «hochpolitisiert», die Klimastreiks bezeichnet Häring als «Massenpsychose» und CO₂-Emissionen als «Atem der Zivilisation».

Trotz solchen Aussagen oder gerade deshalb: Eben dieser Markus O. Häring sass am 24. November in der Fernsehsendung «Basler Zeitung Standpunkte» Reto Knutti und anderen gegenüber. Diskutiert wurden Fragen, die längst beantwortet schienen: «Können wir das Klima beeinflussen?», wollte Moderator Reto Brennwald wissen: «Und wenn ja, wie?»

Knutti und Häring, zwei Welten, die sich fundamental gegenüberstehen. Häring: «Wie gross der menschengemachte Anteil der Erderwärmung ist, kann bis heute niemand

quantifizieren.» Knutti: «Die Erwärmung ist mit 95 Prozent Sicherheit zum grössten Teil menschengemacht.» Häring: «Klimaforscher brauchen eine alarmistische These, um an Forschungsgelder zu kommen, ergebnisoffene Untersuchungen sind nicht gefragt.» Knutti: «Könnte ich beweisen, dass CO₂-Emissionen keinen Einfluss haben, würde ich reich und den Nobelpreis gewinnen.»

Naomi Oreskes rät Wissenschaftlern, sich öffentlich nur mit etablierten Forschern zu duellieren. «Ist das Gegenüber jemand, der alternative Fakten als Fakten präsentiert, hat man verloren», sagt die Harvard-Professorin am Weltwirtschaftsforum in Davos, wo sie mit der «NZZ am Sonntag» spricht. Skeptiker wollen ja gerade den Eindruck vermitteln, es gäbe etwas zu debattieren.

Oreskes hat mit dem Wissenschaftshistoriker Erik M. Conway ein Buch geschrieben, das sich wie ein Thriller liest. Es heisst «Die Machiavellis der Wissenschaft» und zeigt auf, wie seriöse Forscher von bezahlten Lobbyisten diffamiert und wie Kampagnen lanciert

werden, um in den Medien Falschinformationen zu verbreiten.

«Die Menschen unterschätzen die Macht der fossilen Industrie», sagt Oreskes. «Sie tut alles, um ihre Interessen zu schützen.» Dabei wenden ihre Lobbyisten dieselben Strategien an wie einst die Tabakkonzerne: Seit den fünfziger Jahren belegen interne Untersuchungen, dass Rauchen schädlich ist und Krebs verursacht. Trotzdem konnte diese Wahrheit 50 Jahre lang verzerrt werden. Mit einer simplen, aber effektiven Strategie. Die von der Tabakindustrie engagierte PR-Firma Hill and Knowlton brachte es so auf den Punkt: «Zweifel ist unser Produkt.»

Argumentiert auch Markus O. Häring im Interesse der Industrie? Er hat für Shell auf der ganzen Welt nach Öl gesucht. In einem Interview mit der «Tageswoche» schwärmt er von Zeiten, in denen er mit über 500 Helikopterflügen einen Bohrturm in den peruanischen Dschungel transportierte. Heute sagt er: «Ich werde von niemandem bezahlt.» Wer der anonyme Spender ist, der seine Bücher

finanziert, will Häring beim Kaffee aber nicht sagen. Er sei auch in keiner Partei, fügt er an, vollkommen unabhängig. In einer Partei nicht, aber Mitgründer des Schweizer Carnot-Cournot-Netzwerks CCN.

Der liberale Think-Tank mit Sitz in Basel steht für maximale Freiheit und minimale Staatseingriffe. Zum Vorstand gehören einflussreiche Akteure um den Ökonomen Silvio Borner, die an die Kraft eines Marktes glauben, der alles lösen kann – ohne Eingriffe.

Naomi Oreskes sagt: «Heutzutage betreiben vor allem libertäre Think-Tanks Desinformation.» Häring will nicht beantworten, ob der Klimawandel auch für ihn eine ideologische Frage ist. «Diffamierende Anwürfe sind ein Zeichen fehlender Argumente», sagt er.

Appell der Forscher

Solidarität mit Jugend

Die Wissenschaft stärkt der Klimajugend den Rücken: Vier Tage vor dem grossen Klimastreik am Freitag wird am Dienstag unter dem Namen «Scientists4Future» ein internationales Manifest publiziert, auf das sich alle führenden Klimaforscher der Schweiz, Deutschlands und Österreichs geeinigt haben. Mehrere tausend Wissenschaftler rufen darin die Politik zum Handeln auf. «Man darf die Klimajugend nicht als naiv oder weltfremd abtun», erklärt ETH-Professor Reto Knutti das Vorgehen. Die Anliegen der Jugendlichen seien berechtigt. «Wir müssen den CO₂-Ausstoss auf null reduzieren. Die Fakten sind eindeutig.» Der Aufruf aus dem deutschsprachigen Europa folgt auf ein Forscher-Manifest von Ende Februar, das von 260 Klimaforschern aus Belgien, Frankreich und der Westschweiz signiert wurde, unter anderem von Martine Rebetez von der Universität Neuenburg und von Philippe Thalmann von der ETH Lausanne. Sie hätten lange genug gewarnt, ohne dass etwas passiert sei, schreiben die Forscher. Jetzt sei ziviler Ungehorsam gefragt. «Deshalb werden auch wir am 15. März auf die Strasse gehen.» (aku.)

Die Lobbyisten der fossilen Industrie wenden dieselben Strategien an wie einst die Tabakkonzerne.

Im Dezember 2018 kursierte in Forscherkreisen eine E-Mail. Verfasst wurde sie von einem Mitarbeiter der Universität Basel, der Bedenken über einen «fragwürdigen» Anlass äussert, der im Januar an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät stattgefunden hat, «Energierategie 50 – Wie umsetzen?».

Eingeladen haben der emeritierte Professor Silvio Borner und das Carnot-Cournot-Netzwerk, referiert hat unter anderem der bekannte Klimaleugner Horst-Joachim Lüdecke.

Lüdecke, ehemaliger Physikprofessor, 75, beschäftigt sich seit der Pensionierung mit Klimafragen. Als Pressesprecher des Europäischen Instituts für Klima und Energie, kurz Eike, ist er so umstritten, dass die Universität Heidelberg sich öffentlich distanziert hat. Lüdecke war nie in Heidelberg tätig. Weil er aber dort wohnt, wird er mit der Universität in Verbindung gebracht. Und die will mit seinem Institut nichts zu tun haben – es gilt als Zentrale der deutschsprachigen Klimaskeptiker.

«Unfassbar dubios»

Eike ist ein privater Verein, der in Jena eine Postadresse hat und sich auf der Website so positioniert: «Die Behauptung eines «menschengemachten Klimawandels» ist naturwissenschaftlich nicht begründbar und als Schwindel anzusehen. Eike lehnt jegliche «Klimapolitik» als Vorwand ab, Wirtschaft und Bevölkerung zu bevormunden.»

Auf der Website von Eike kommt alles zusammen, Klimamanifest Heiligenroth, Artikel von «BaZ» oder «Weltwoche». Gleichzeitig öffnet sich ein Universum von Gleichgesinnten aus der ganzen Welt. Für sie organisiert Eike Konferenzen, an denen immer dieselben Gesichter referieren. An der letzten lauteten die Vorträge etwa: «Elf Tatsachen, die man wissen muss, um nicht an den menschengemachten Klimawandel zu glauben.»

Einer, der vor zwei Jahren von Eike als Referent eingeladen wurde, ist der Grenchner Elias Meier. Er leugne den Klimawandel nicht, betont Meier, sei aber als Naturschützer

gegen grosse Windräder. Von Eikes Positionen distanziert er sich. «Die Konferenz hat mich irritiert», sagt Meier. Die einseitige Debatte, die «unfassbar dubiosen Fachbücher». Eines habe von angeblich unerschöpflichen Ölressourcen gehandelt. Was Meier am meisten befremdet hat: «Die Teilnehmer waren fast nur Rentner oder Vertreter der Kohleindustrie – auf jeden Fall AfD-Wähler.»

Warum holt das Carnot-Cournot-Netzwerk CCN einen Klimaleugner an die Universität Basel? Obwohl der Druck so gross wurde, dass das Uni-Logo von der Einladung entfernt werden musste?

Silvio Borner und Markus O. Häring betonen, dass Lüdecke realistische energiepolitische Positionen vertrete. Niemand leugne den Klimawandel, das Thema sei an der Tagung nicht besprochen worden. Lüdecke sprach über die physikalischen Grenzen von Sonnen- und Windenergie. Die anschliessende Podiumsdiskussion war offen.

Was Eike betrifft, bleiben Borner und Häring vage. Lüdeckes wissenschaftliche Arbeit wollen beide nicht beurteilen. Dass Lüdecke kritische Fragen stelle, sei kein Grund, ihn zu verleumden. Borner sagt: «Ich habe das CCN zur Verteidigung von liberalen Werten und wissenschaftlicher Unabhängigkeit gegründet. Wir wollen weder mit einer Partei noch mit Interessengruppen verbandelt und auch nicht Teil des Eike-Netzwerks sein.»

Bezüge finden sich trotzdem. In einem Beitrag auf der CCN-Website aus dem Jahr 2017 zum Beispiel. Der menschliche Beitrag auf das Klima sei «praktisch unbedeutend», heisst es dort. Und weiter: «Die Ursachen der Erderwärmung sind nicht geklärt.» Als Beleg wird unter anderem angegeben: eine Eike-Publikation von Horst-Joachim Lüdecke.

In Deutschland ist Lüdecke, der für eine Stellungnahme unerreichbar war, nicht überall eine Persona non grata. Bei der AfD finden die Rechtspopulisten in Umweltfragen beraten. Auf der Website von Eike wird Horst-Joachim Lüdeckes Auftritt im Bundestags-Umwelt-

ausschuss gefeiert. «Der menschengemachte Klimawandel ist wissenschaftlich umstritten», sagte der Eike-Pressesprecher dort vor rund zwei Wochen.

Es ist wie ein Déjà-vu. Was sich in Deutschland abspielt, läuft analog zu den USA, wo Klimaskeptiker schon nah an der Macht sind. Seit Donald Trump zum Präsidenten gewählt worden ist, reicht ihr Arm bis ins Weisse Haus.

Es ist nicht mehr die Welt des Klimamanifests von Heiligenroth, das in einer Autobahnraststätte aufgesetzt worden ist.

Es ist die Welt von libertären Think-Tanks und Konferenzen in Sternehotels, an denen

Sieben rechtspopulistische Parteien in Europa leugnen den Klimawandel oder die negativen Folgen.

VIP-Tische bisweilen Zehntausende von Dollars kosten. Sie heissen CFACT, Cato Institute, Americans for Prosperity – nicht einmal die Expertin Naomi Oreskes kann sie alle aufzählen.

Einer der einflussreichsten ist das Heartland Institute, amerikanisches Pendant von Eike. Gemeinsam veranstalten sie Anlässe für die internationale Skeptikerelite. Zuletzt im polnischen Kattowitz, als Gegengipfel zur Weltklimakonferenz.

Hinter dem Heartland Institute steht unter anderem die Familie Mercer, die auch Trumps Wahlkampf mitfinanziert hat. So ist es auch Heartland zu verdanken, dass die USA beim Pariser Abkommen nicht mehr dabei sind oder die Umweltbehörde EPA eine Umweltschutzmassnahme nach der anderen gelockert hat.

Heartland berät die Regierung Trump. Im Vorfeld der Rede zur Lage der Nation 2018, heisst es auf der Website, sei man direkt aus dem Weissen Haus mit der Frage nach Textvorschlägen kontaktiert worden.

Skeptische SVP-Positionen

Lässt sich auch die Schweizer SVP von Skeptikern beraten? Offiziell nicht. In ihrem Positionspapier zur Klimapolitik finden sich aber ähnliche Formulierungen wie bei der AfD. «Es gibt zahlreiche Hinweise darauf, dass die alarmierenden Meldungen der letzten Jahre, wonach menschliche Aktivitäten das Klima beeinflussen würden, nicht der Realität entsprechen», steht in dem SVP-Papier, das von 2009 stammt, aber noch gültig ist.

Die Berliner Denkfabrik Adelphi hat in einer Studie die Klimapolitik von 21 rechtspopulistischen Parteien in Europa untersucht.

Sieben davon leugnen demnach den Klimawandel, die menschengemachten Ursachen oder die negativen Folgen. Das SVP-Positionspapier erfüllt diese Kriterien laut Adelphi ebenfalls.

Auch die Skeptikerelite ist längst in der Schweiz angekommen. Auf Climate Depot, dem berühmtesten Leugnerblog der USA, stösst man auf einen Artikel über «A new research institute in Switzerland».

In Oberägeri wurde 2016 das Institut für Hydrografie, Geoökologie und Klimawissenschaften gegründet. Ziel sei, zu zeigen, wie es in der «BaZ» hiess, dass CO₂ nicht zwingend der Haupttreiber der Erwärmung ist.

Das Institut ist ein Verein, der in einem Büro Platz hat und aus zwei privaten Forschern besteht. Einer von ihnen: Sebastian Lüning. Der Deutsche hat zusammen mit Fritz Vahrenholt «Die kalte Sonne» geschrieben, eines der berühmtesten Skeptikerbücher der letzten Jahre, in dem die Sonne als Hauptfaktor für die Klimaerwärmung verantwortlich gemacht wird.

Lüning ist überall, ausser am Ägerisee. An Heartland-Konferenzen, an Eike-Konferenzen, bei der AfD-Fraktion im Bundestag, in der fossilen Industrie. Erreichen kann man dem

Geologen in Lissabon, wo er für das Öl- und Gasunternehmen Galp Energia arbeitet.

Auf Bildern sieht der aussergewöhnlich junge Skeptiker gut aus. Am Telefon spricht er eloquent, äussert sich kritisch. Sogar gegenüber seiner Zunft. «Auch bei Eike gibt es Beiträge, die gehen auf keinen Fall», sagt Lüning und betont, dass er «sehr viel» davon akzeptiere, was das IPCC publiziere.

Antiwissenschaftliche Hybris

Widersprüche taxiert er gekonnt. Lüning forscht in der Freizeit «unabhängig», im Alltag sucht er neue Öl- und Gasvorkommen. Er bezeichnet sich als gemässigten Skeptiker, publiziert aber mit Klimaleugner Horst-Joachim Lüdecke. «Ich vertrete einige seiner Ansichten nicht, aber darf ich deshalb nicht mehr mit ihm forschen?», fragt Lüning. «Ich würde auch gerne mit Herrn Knutti arbeiten!»

Trägt man diese Botschaft an die ETH Zürich, ist Knutti mässig begeistert. Der Klimaforscher ist offen, überlegt aber genau, wofür er Zeit investiert und welche Veranstaltungen er besucht. Er versucht, möglichst sachlich zu sein und vor allem seinen Job gut zu machen. Das ist seine Strategie im Umgang mit Skeptikern und Leugnern.

Vielleicht hat Reto Knutti inzwischen ein Gespür für seine Gegner. Auf dem Blog «Die kalte Sonne», das Lüning mit seinem Kollegen betreibt, finden sich auch Beiträge über den ETH-Forscher. Verfasst in einem Ton, der an die Männer vom Klimamanifest erinnert. Seziert wird zum Beispiel ein Radiointerview von letztem Juni. Knutti wird als «Klima-Aktivist» bezeichnet, der im Gespräch zu «antiwissenschaftlicher» Hybris neigt und an «Kritikunfähigkeit» leidet.

«Ich habe immer wieder versucht, mit solchen Personen zu diskutieren» sagt Knutti. «Weist man ihnen Fehler nach, schwenken sie auf neue angebliche Ungereimtheiten um.» Dafür fehlt die Zeit.

Der

Zürcher Journalistenpreis 2020

wird

Thomas Schlittler

für seine Artikelserie

Das kranke IV-System

erschienen im Sonntagsblick vom
11. August 2019, 10. November 2019 und 17. November 2019

verliehen.

Zürich, 8. September 2020

Die Jury:


Hannes Britschgi


Susan Boos


Lisa Feldmann


Hansi Voigt


Nina Jecker


Stefan von Bergen

Preisträger



Thomas Schlittler

Thomas Schlittler, geboren 1988, ist in Eschlikon TG aufgewachsen und lebt heute in Winterthur. Nach einer Banklehre absolvierte er den Studiengang «Journalismus und Organisationskommunikation» an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW). Während des Studiums sammelte er bei der «Thurgauer Zeitung» und «Radio Top» erste journalistische Erfahrungen. In seiner Diplomarbeit untersuchte er zudem die politische Orientierung von Journalisten in der Deutschschweiz. Nach einem Praktikum beim Wirtschaftsmagazin «ECO» des Schweizer Fernsehens erhielt er 2012 eine Festanstellung als Wirtschaftsredaktor bei den «AZ Medien» (heute «CH Media»). 2015 zog es ihn in die Ferne: Mehr als zwei Jahre lang trampelte er um den Globus und verfasste dabei die wöchentliche Kolumne «Per Autostopp um die Welt», die in den «AZ Medien» und auf «Watson.ch» erschien. Seit Ende 2017 arbeitet Schlittler für den «SonntagsBlick». Dort beschäftigt er sich mit Themen an den Schnittstellen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.

Laudatio

Laudatio für Thomas Schlittler
von Susan Boos

Am Anfang einer aussergewöhnlichen Geschichte steht oft ein gewöhnliches Gespräch. So auch bei dieser ausgezeichneten Serie, die Thomas Schlittler für den «SonntagsBlick» geschrieben hat. Schlittler hat einen Freund, der ihm von den gesundheitlichen Problemen seiner Mutter berichtete. Sie kann deshalb nicht mehr berufstätig sein und ist bei der IV, der Invalidenversicherung angemeldet. Sie wartet. Ein Jahr, zwei Jahre. Nach fünf Jahren weiss sie immer noch nicht, ob sie eine IV-Rente erhält. Das erzählt der Freund – und Schlittler denkt: Das kann doch nicht wahr sein. Er beginnt, sich mit der IV zu beschäftigen und recherchiert immer weiter. Am Ende steht eine fünfteilige Serie, in der Schlittler das Abwehrsystem der Invalidenversicherung präzise sezziert.

«IV spart auf Kosten der Sozialhilfe» lautet die erste Schlagzeile. Das ahnt man zwar schon lange, aber die Zahlen, die Schlittler zusammenträgt, sind beeindruckend. Die Grafik erzählt alles: Vor fünfzehn Jahren gab es mehr IV-BezügerInnen als SozialhilfeempfängerInnen. Vor zehn Jahren haben sich die Linien gekreuzt – seither steigt die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen kontinuierlich an, die der IV-RentnerInnen sinkt genauso kontinuierlich und markant.

Schlittler beschäftigt sich danach mit den Gutachtern. Die IV-Stellen pflegen ihre Lieblingsgutachter. Das sind die, die fast alle PatientInnen für arbeitsfähig erklären. Man könnte auch polemisch sagen: Sie produzieren Scheingesunde.

Nun ist das aber einfach mal eine Behauptung. Schlittler will es belegen, beschafft

sich mit dem Öffentlichkeitsgesetz Einblick in die Geldströme – und siehe da: Zehn Prozent der Gutachter erhalten tatsächlich drei Viertel der Aufträge. Für die Lieblingsgutachter lohnt es sich. Sie kassieren gigantische Honorare. Es geht um Summen von bis zu drei Millionen Franken. Nur was soll man reklamieren, die IV spart dank ihnen Geld. Für die Scheingesunden ist es allerdings gar nicht lustig. Schlittler lässt auch sie zu Wort kommen. Sie erzählen, was es bedeutet, wenn man einen Job suchen muss, obwohl man krank ist und gar keine Chance hat, einen Job zu bekommen.

Schlittlers Serie hat einiges ausgelöst. Im Parlament wurden danach zahlreiche Vorstösse eingereicht, die Titel tragen wie «Fehlentwicklungen im IV-Gutachterwesen korrigieren» oder «Hoch problematische IV-Gutachten».

Sozialminister Alain Berset hat ebenfalls reagiert. Er gab eine Untersuchung in Auftrag, die das IV-System analysieren soll. Die Ergebnisse sind für diesen September versprochen. Es tut sich also was.

Und das ist auch bitter nötig, denn für die Mutter von Schlittlers Freund hat sich noch nichts getan. Sie wartet immer noch auf ihren IV-Entscheid.

Die Jury war sich schnell einig: Diese ausgezeichnete Serie hat einen Preis verdient. Thomas Schlittler, ganz herzlichen Dank für diese ausserordentliche und wichtige Recherche!

IV spart auf Kosten der Sozialhilfe

34 000 IV-Bezüger weniger,
41 000 Sozialhilfeempfänger mehr

Erschienen am 11. August 2019

Seit 2005 ging die Zahl der IV-Rentner in der Schweiz jedes Jahr zurück. Die IV spricht von erfolgreicher Eingliederung. Ärzte und Anwälte sehen das anders: Viele ehemalige IV-Rentner seien auf den Sozialämtern gelandet.

Von Thomas Schlittler

Sozialschmarotzer. Scheininvalid. Sozialdetektive. Seit Jahrzehnten streitet die Schweiz darüber, wer von der Invalidenversicherung (IV) Geld erhalten soll – und wie viel.

Diese Woche erhitze diese Frage erneut die Gemüter. Das Bundesgericht hatte bekannt gegeben: Sucht ist eine Krankheit – also sollen Suchtkranke Aussicht auf eine IV-Rente haben.

Auf Blick.ch empörte sich ein Leser: «Der ganze Sozialstaat wird ausgenommen, auf alle Arten, bis nichts mehr übrig ist.» Und ein anderer: «Heute hat in diesem linksgrünen Staat jeder Anspruch auf Sozialleistungen.»

Was die Kommentarschreiber vermutlich nicht wissen: In der Schweiz erhalten Jahr für Jahr weniger Menschen Geld von der Invalidenversicherung. 2005 gab es 251 828 IV-Rentnerinnen und Rentner. Ende 2018 waren es noch 217 944: ein Rückgang von 13 Prozent – und das, obwohl die Gesamtbevölkerung im gleichen Zeitraum um 15 Prozent gewachsen ist.

Harald Sohns, Sprecher des Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV), erklärt, aus welchem Grund: «Die IV ist bei der Zusprache von Renten strenger geworden, insbesondere ab 2008.» Zuvor sei die Rentenberechtigung zu leichtfertig vergeben worden, die IV habe enorme Schulden angehäuft. Als Reaktion darauf habe man den Leitsatz «Eingliederung statt Rente» eingeführt.

Die IV verkauft ihre Eingliederungsmassnahmen als vollen Erfolg. Am Freitag publizierte die SRF-Sendung «10 vor 10» neue Berechnungen zur «Wirtschaftlichkeit der 4., 5. und 6. IV-Revision». Fazit der Studie, in Auftrag gegeben von der IV-Stellen-Konferenz: «Dank wieder in den Arbeitsmarkt eingegliederten IV-Bezügern spart die Invaliden-

versicherung jährlich über 700 Millionen Franken.»

Aber: Das ist nicht die ganze Geschichte. Eine breite Allianz aus Ärzten, Behindertenverbänden, Lokalpolitikern und Versicherungsanwälten kritisiert: Die hochgelobten Wiedereingliederungsmassnahmen seien bestenfalls für die Finanzen der IV ein Erfolg.

Judith Hanhart von Agile.ch, der Organisation von Menschen mit Behinderungen, sagt: «Wer gemäss IV arbeitsfähig ist, verliert die IV-Rente – auch wenn er wegen der gesundheitlichen Probleme keine Chance hat auf dem Arbeitsmarkt.»

Philippe Luchsinger (62), Präsident der Haus- und Kinderärzte Schweiz, beobachtet dasselbe: «Es ist sehr schwierig geworden, von der IV für erwerbsunfähig erklärt zu werden. Nach Ansicht der IV gibt es für praktisch jeden und jede einen Job, der machbar und zumutbar ist.»

Als Beispiel nennt er eine Person, die jahrzehntelang einen körperlich sehr anstrengenden Job machte und mit Mitte 50 starke Rückenbeschwerden bekam. «Die IV sagt

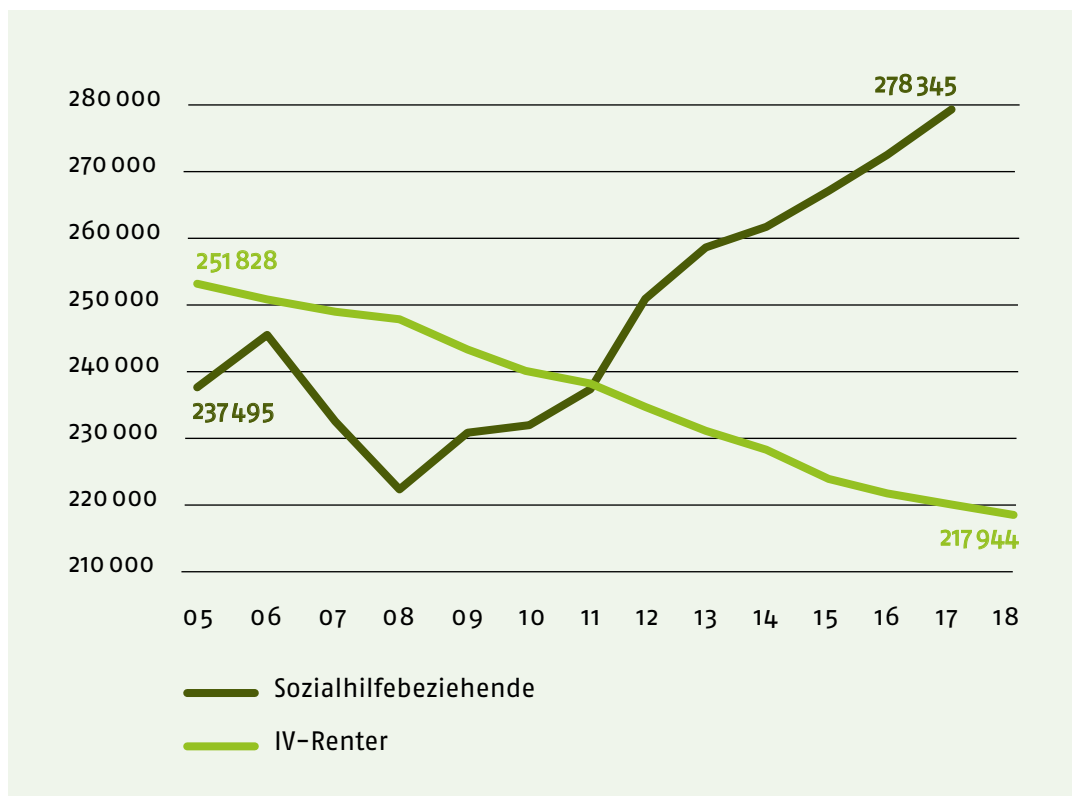
dann: «Okay, du kannst nicht mehr schwer heben und bist in deinem alten Job deshalb zu 100 Prozent arbeitsunfähig. Für leichte Arbeit in einer Fabrik bist du aber noch voll einsetzbar.» In der Praxis finde jemand, der jahrelang auf dem Bau gearbeitet habe, kaum eine Stelle in einem anderen Bereich. Trotz Umschulung – und vor allem nicht mit Mitte 50.

Luchsinger: «Die IV sieht es aber nicht als ihr Problem an, dass die von ihr für erwerbsfähig erklärten Menschen in dem für sie neu definierten Arbeitsbereich chancenlos sind.»

Umstritten ist, was mit denen geschieht, die von der IV für gesund erklärt werden. Eindeutig auffällig jedoch: Im gleichen Zeitraum, in dem die Zahl der Bezüger um rund 34 000 Personen abnahm, stieg die Zahl der Sozialhilfeempfänger um 41 000 an. Fachleute aus der Praxis sind sich deshalb sicher: Viele, denen die IV-Rente gestrichen wird, landen über kurz oder lang in der Sozialhilfe.

«Die Erfahrungen aus dem Alltag deuten darauf hin, dass es viele solche Fälle gibt», sagt der Mediziner Philippe Luchsinger. Auch

IV spart auf Kosten der Sozialhilfe



Quelle: BSV

«Ich bin fertig»

Nach zwölf Jahren wurde ihr die IV-Rente gestrichen

Nicolas Galladé, Vorsteher des Sozialdepartements der Stadt Winterthur ZH, stellt fest: «Zahlreiche Personen müssen Sozialhilfe beziehen, weil sie zu krank für den heutigen Arbeitsmarkt sind, aber «zu gesund» für eine IV-Rente.»

Markus Kaufmann ist Geschäftsführer der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos), der viele Städte und Gemeinden angehören. Mitglieder melden ihm regelmässig, dass sie mehr gesundheitlich belastete Personen unterstützen müssen. Er ist daher überzeugt: «Es landen immer mehr Menschen auf dem Sozialamt, die ursprünglich wegen ihrer Gesundheit in Not geraten sind.» Kaufmanns Fazit: «Die IV wird zumindest teilweise auf Kosten der Sozialhilfe saniert.»

Der Bund wehrt sich gegen diese Vorwürfe. BSV-Sprecher Sohns stellt kategorisch fest: «Die IV erklärt niemanden willkürlich für gesund, sondern klärt die gesundheitlichen Einschränkungen eines Menschen sowie die daraus resultierende Einschränkung der Erwerbsfähigkeit in jedem Einzelfall gründlich ab.»

Und wie erklärt das Bundesamt für Sozialversicherungen die Tatsache, dass sich die Zahl der IV-Bezüger und Sozialhilfeempfänger gegenläufig entwickelt? Sohns: «Das sagt nichts darüber aus, ob es einen Zusammenhang, eine Kausalität gibt.» Dafür gebe es keine Belege.

Allerdings kann der Bund auch keine wissenschaftlich fundierten Daten präsentieren, die einen Zusammenhang ausschliessen.

Sohns gesteht deshalb ein: «Die Datenlage ist unbefriedigend.» Das Problem sei, dass die Einkommensquellen von einer grossen Anzahl Personen über lange Zeit detailliert verfolgt werden müssten, um aussagekräftige Daten zu erarbeiten.

Doch Besserung ist in Sicht: «Das BSV arbeitet an einem Forschungsprojekt, das uns erlauben soll, aussagekräftigere Aussagen zu machen über die effektiven Vorgänge zwischen IV und Sozialhilfe.» Vorläufige Ergebnisse seien für das erste Halbjahr 2020 zu erwarten.

Erschienen am 11. August 2019

Marianne Zumstein (61) ist Opfer der verschärften IV-Praxis. Ihre Geschichte zeigt, welche Schicksale sich hinter den Zahlen verbergen.*

Von Thomas Schlittler

Marianne Zumstein* (61) lebt in der Agglomeration von Zürich. Sie hat sich mit Sonntags-Blick an einem ruhigen Plätzchen an der Limmat verabredet. Die klein gewachsene Frau wirkt etwas nervös, zündet sich eine Zigarette an. «Das Päckchen kostet nur 5,50 Franken!», sagt sie, als müsste sie sich rechtfertigen.

Zumstein erhielt 2003 eine volle IV-Rente zugesprochen. 2015 – mehrere IV-Revisionen später – wird ihr Fall neu beurteilt.

In einem Brief hält die zuständige IV-Stelle fest: Zumstein sei nur eine Tätigkeit «ohne Zeitdruck und ohne hohe Anforderungen an das Konzentrations- und Durchhaltevermögen» zuzumuten. Eine «körperlich schwere und mittelschwere Tätigkeit», das «Gehen auf unebenem Gelände» sowie das «Führen eines Fahrzeugs und Bedienen von gefährlichen Maschinen» komme ebenfalls nicht infrage.

Dennoch kommen die Behörden zum Schluss: «Eine behinderungsangepasste Tätigkeit ist zu 100 Prozent zumutbar.» Ihre IV-Rente wird komplett gestrichen.

Tausenden anderen Schweizern ging es in den vergangenen Jahren genauso. Was bei solchen Entscheidungen häufig vergessen wird: Hinter jeder einzelnen gestrichenen Rente steckt ein persönliches Schicksal, eine einzigartige Biografie.

Dies hier ist die Geschichte von Marianne Zumstein:

«Mein Vater war ein Satan. Meine jüngere Schwester und ich wurden von ihm regelmässig in eine Kammer eingesperrt und mit der Pistole bedroht. Als ich elf Jahre alt war, hat er sich umgebracht. Gott sei Dank! Ich war glücklich, dass er weg war.

Mit 24 zog ich vom Land in den Raum Zürich. Ich heiratete, bekam einen Buben, kurz darauf eine Tochter.

Die Ehe hielt nur wenige Jahre. Nach der Scheidung hatte mein Mann die Kinder nur noch am Wochenende.



© Andrea Brunner

Eines Tages erzählte die damals siebenjährige Tochter ihrem Lehrer, sie werde vom Vater gestreichelt. Ein Schock. Ich zeigte diesen Sauhund sofort an. Doch er wurde freigesprochen – «mangelnde Beweise».

Das Schlimmste daran: Ich musste ihm die Kinder danach wieder rausgeben. Wie kann ein Staat so etwas von einer Mutter verlangen? Der Bub hat nach den Wochenenden beim Vater immer geweint. Das Mädchen war ebenfalls komisch. Zwei, drei Jahre ging das so. Bis ich der Tochter irgendwann gesagt habe: Jetzt rede endlich mit mir! Ich kann dir nicht helfen, wenn du nicht mit mir redest!

Irgendwann hat sie mir dann gesagt, dass zwischen ihr und dem Vater noch immer etwas laufe. Ich konnte es nicht glauben, war mit den Nerven endgültig am Ende.

Es kam erneut zur Anzeige. Doch dieses Mal besorgte ich mir vor der Gerichtsverhandlung eine Pistole. Ich wollte den Siech erschiessen. Sie haben mich aber vor dem Gericht abgetastet und die Waffe entdeckt.

Dieses Mal wurde er verurteilt. Wegen guter Führung sass er aber nur dreieinhalb Jahre. Ich lernte in dieser Zeit einen neuen Mann kennen, einen Ausländer. Die zweite Ehe. Doch auch das ging nicht lange gut.

Meine Tochter machte überall Probleme, hatte ein völlig gestörtes Sexualverhalten. Sie war ständig auf der Suche nach Sex – und

IV-Ärzte bringen Invalide um ihre Rente

Millionen für einseitige Gutachten

machte sich an meinen neuen Mann ran. Dieser liess sich darauf ein.

Meine Tochter erzählte es meinem ersten Mann, dieser der Polizei. Mein neuer Mann wurde verurteilt und ausgewiesen.

Ich war am Boden, brauchte Hilfe. Die Tochter kam in ein Jugendheim, der Sohn ein Jahr nach Italien in ein neues Umfeld. Ich habe drei Monate lang nur gesoffen, war nervlich am Ende. So oft es ging, arbeitete ich noch als Nachtchauffeurin.

Irgendwann hat mich mein Arzt bei der IV angemeldet. Ich bekam eine Rente zugesprochen. Trotzdem ging es mir nach wie vor schlecht.

Früher war ich für jeden Spass zu haben. Nun sagten mir die Leute: Du bist nicht mehr die Gleiche. Ich kam in psychiatrische Behandlung, muss bis heute Psychopharmaka nehmen.

Auch körperlich ging es bergab. In den vergangenen vier Jahren, seit dem IV-Stopp, hatte ich acht Operationen. Eine Magenspiegelung, ein Darmtumor, ein Netz im Bauch, Knieprobleme – ich habe den Überblick verloren. Bei einer OP hatte ich einen Herzinfarkt. Zwei Stents wurden nötig.

Ich bin fertig. Ich mag nicht mehr. Mein Verstand ist kaputt.

Mit den Kindern habe ich ein gutes Verhältnis, auch wenn es nicht immer einfach ist. Die Tochter hat mittlerweile zwei Kinder, das dritte ist unterwegs. Ich kann sie nur selten besuchen, das Zugbillet ist zu teuer.

Mit der IV hatte ich 2900 Franken pro Monat. Nun muss ich mit 2000 Franken auskommen. Nach Abzug der Miete bleiben 900 Franken zum Leben. Das Telefon und der Strom sind da noch nicht bezahlt.

Ich fresse jeden Tag Teigwaren. Eine Berechtigung für das «Tischlein deck dich» habe ich nicht bekommen, da alle vorhandenen Gutscheine schon vergeben waren.

Man hat mir auch schon gesagt, ich müsse halt meine beiden Hunde abgeben, wenn es finanziell nicht reiche.

Doch das mache ich sicher nicht. Ohne die Hunde würde ich schon lange unter dem Boden liegen.»

Erschienen am 10. November 2019

Ein Berner Arzt kassierte für IV-Gutachten 3,1 Millionen Franken. Der Mediziner ist bekannt dafür, kaum einen Patienten für arbeitsunfähig zu erklären – und er ist kein Einzelfall.

Von *Thomas Schlittler*

Verena Meier* ist 38 Jahre alt, als sie an einer Depression erkrankt. Die Pflegefachfrau muss drei Wochen in Therapie. Dann geht die junge Frau wieder ihrem Beruf nach, muss aber immer wieder in psychiatrische Behandlung.

Nach einem Stellenwechsel geht gar nichts mehr. Ihr Therapeut konstatiert «latente Suizidgedanken». Ein zweiter Arzt stuft sie als berufsunfähig ein. Ein dritter diagnostiziert ebenfalls 100-prozentige Arbeitsunfähigkeit aus psychischen Gründen.

Meier muss ihren Job aufgeben und beantragt eine Invalidenrente. Die IV-Stelle des Kantons Zürich gibt bei Dr. K.** (55) aus Bern ein externes Gutachten in Auftrag. K.s Diagnose: Die depressive Störung habe nachgelassen. Im Gegensatz zu allen Ärzten vor ihm erkennt er keine Krankheit, erklärt die Frau für 100 Prozent arbeitsfähig. Daraufhin lehnt die IV ihren Antrag auf eine Rente ab.

Eineinhalb Jahre später nimmt sich Verena Meier das Leben, am 27. September 2010. Im Sommer des folgenden Jahres wird K. um einen Ergänzungsbericht zum Fall gebeten. Darin hält er an seiner Diagnose fest: Die Verstorbene sei weder psychisch krank noch arbeitsunfähig gewesen.

Unter Juristen ist K. berüchtigt für die Gesunderklärung von Patienten. Der Zuger Versicherungsanwalt Rainer Deecke (39) sagt: «Ich kenne keinen Anwalt, der je ein Gutachten von Dr. K. zu Gesicht bekommen hätte, in welchem eine relevante Arbeitsunfähigkeit attestiert worden wäre.»

Trotzdem – oder gerade deshalb – ist K. als IV-Gutachter gefragter denn je. Allein 2018 erhielt er von kantonalen IV-Stellen 334.000 Franken.

Seit 2012 kassierte K. für die medizinische Einschätzung von IV-Antragstellern

1,9 Millionen Franken. Das zeigt ein Dokument des Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV), das Sonntags-Blick gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz erhalten hat.

Darin ist aufgelistet, welche Summen Ärzte und Kliniken zwischen 2012 und 2018 von kantonalen IV-Stellen erhalten haben. Eine Auswertung beweist, was Kritiker der heutigen Vergabep Praxis schon lange vermuten: Die IV-Stellen vergeben die Aufträge für Gutachten extrem einseitig.

2018 bezahlten sie 683 Ärzte und Kliniken für die Erstellung von sogenannten monodisziplinären medizinischen Gutachten. Insgesamt vergüteten die IV-Stellen dafür 29,5 Millionen. Dabei erhielten zehn Prozent der Gutachter rund drei Viertel des gesamten Auftragsvolumens.

Anwälte, Behindertenorganisationen und auch Ärzte monieren, dass Gutachter, die von den IV-Stellen Millionen erhalten, nicht mehr unabhängig urteilen. Sie sehen in der Ungleichverteilung einen Hinweis darauf, dass die IV-Stellen Gutachter bevorzugen, die in ihrem Sinne urteilen – also gegen eine Arbeitsunfähigkeit und damit gegen eine Rente.

Der St. Galler Anwalt Ronald Pederngna (57) sagt: «Gutachter, die im Sinne der IV ein Gutachten abfassen, kriegen wieder und massenhaft Aufträge. Andere werden nicht einmal berücksichtigt.» Als Beleg dafür verweisen die Kritiker nicht nur auf Dr. K., sondern auch auf andere Ärzte. Zum Beispiel auf Dr. G.** (64) aus Basel. Der erhielt seit 2012 ebenfalls rund 1,9 Millionen für monodisziplinäre IV-Gutachten.

Gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz konnte die Behindertenorganisation Procap einen kleinen Teil von G.s Gutachten einsehen. Ergebnis: Von den 23 Patienten, die der Mediziner im ersten Halbjahr 2018 für die IV-Stelle der Stadt Basel beurteilte, stellte er nur bei jedem vierten eine Arbeitsunfähigkeit fest.

Alle anderen Gutachter zusammen, die im selben Zeitraum für die Basler IV-Stelle 187 Gutachten erstellten, diagnostizierten durchschnittlich bei jedem zweiten Patienten eine Arbeitsunfähigkeit.

* Name geändert

Noch schlechtere Chancen, für arbeitsunfähig erklärt zu werden, haben Patienten, die zu Dr. L.** (59) geschickt werden. Der Arzt, der ebenfalls in Bern praktiziert, stellt gemäss Recherchen des Solothurner Rechtsanwalts und SVP-Politikers Rémy Wyssmann nicht einmal bei jedem zehnten Patienten eine relevante Arbeitsunfähigkeit fest: «Dank dem kantonalen Öffentlichkeitsgesetz konnte ich sämtliche 59 Gutachten einsehen, welche die IV-Stelle Solothurn zwischen 2012 und 2014 bei Dr. L. in Auftrag gegeben hat. Demnach hat er nur in 5 von 59 Fällen eine Arbeitsunfähigkeit von 40 Prozent oder mehr festgestellt.»

Die Expertise von L. wurde auch schon vom Kantonsgericht Luzern in Zweifel gezogen. 2015 erging ein Urteil, gemäss dem auf L.s Gutachten nicht abgestellt werden könne. In dem Beschluss ist von einer «gewissen Fehlleistung des Untersuchers» die Rede.

Geschadet hat es Dr. L. nicht. Er stellt nach wie vor Gutachten um Gutachten aus. Seit 2012 hat er von den verschiedenen IV-Stellen insgesamt 3,1 Millionen Franken kassiert.

Das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) sieht trotz allem kein Problem darin, dass einzelne Ärzte von den IV-Stellen Millionen erhalten. Die Unabhängigkeit der Gutachter sei gewährleistet. Sprecher Harald Sohns: «Mit einem prozentualen Anteil bestimmter Arbeitsunfähigkeitsgrade kann sachlich fundiert keine qualitative Beurteilung einer Gutachtertätigkeit vorgenommen werden.»

Auf die Frage, was geschehen müsse, damit Gutachter als einseitig eingestuft und aus dem Verkehr gezogen werden, antwortet Sohns: «Ist belegt, dass ein Gutachter wiederholt die gestellten Anforderungen – versicherungsmedizinisch und juristisch – nicht erfüllt, so wird auf eine weitere Zusammenarbeit verzichtet.» Wie oft das geschieht, kann das BSV nicht sagen. Die Rückweisung von Gutachten durch ein Gericht sei jedoch im Einzelfall kein genügender Grund, weitere Gutachten nicht mehr in Auftrag zu geben.

Und was sagen die kritisierten Ärzte zu den Vorwürfen?

Dr. K. (IV-Einkommen: 1,9 Millionen Franken) teilt mit, dass er «wegen des Schutzes der Persönlichkeitsrechte» auf Einzelfälle nicht eingehen könne. Im Zentrum seiner Beurteilung stünden aber stets objektive, tatsächlich erkennbare und überprüfbare Defizite der Betroffenen. Es liege jedoch in der Natur der Sache, dass «aus unterschiedlichen Blickwinkeln unterschiedliche Einschätzungen» resultierten.

Dr. G. (IV-Einkommen: 1,9 Mio. Franken) lässt ausrichten, dass er seine Gutachten gemäss den Vorgaben des Bundesamtes für Sozialversicherungen und den gesetzlichen Grundlagen entsprechend erstelle. Er betont: «Bei gerichtlichen Auseinandersetzungen beurteilen die Gerichte die von mir verfassten Gutachten in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle als überzeugend.»

Dr. L. (IV-Einkommen: 3,1 Mio. Franken) wollte sich trotz mehrfacher Kontaktaufnahme von SonntagsBlick nicht zum Vorwurf der Parteilichkeit äussern.

* Name von der Redaktion geändert

** Name der Redaktion bekannt



© Igor Kravarik

Keine IV-Rente, weil er als LKW-Fahrer zu wenig verdiente

Invalidenversicherung bevorteilt Gutverdienende

Erschienen am 10. November 2019

Christian Rüdlinger (59) kämpft seit Jahren um eine Invalidenrente – vergeblich. Hätte er vor seiner Erkrankung mehr verdient, könnte er sie längst beziehen.

Von Thomas Schlittler

Die A1 bei Wil SG, Autobahnraststätte Thurau: Es giesst wie aus Kübeln. Geschützt von einem schwarzen Regenschirm, begutachtet Christian Rüdlinger (59) mit Kennerblick die Lastwagen auf dem Parkplatz. Er war früher selbst LKW-Fahrer, kennt jeden Fahrzeugtyp.

Erinnerungen werden wach: «Kurz nach der Lehre, Ende der 70er-Jahre, hat mich mein Chef nach England geschickt. Knapp 20 Jahre

fuhr ich mit einer sauteuren Ladung quer durch Europa – eine geile Zeit!»

Lastwagenfahren war für den St. Galler mehr als ein Job: «Es war meine Leidenschaft!» Bis kurz nach der Jahrtausendwende führt Rüdlinger ein Leben am Lenkrad. Dann wird ihm das Steuer aus der Hand gerissen: Das Herz streikt. 2001 muss er operiert werden, erhält drei Stents, damit seine Blutgefässe offen bleiben.

Es ist der Beginn einer nicht enden wollenden Krankheitsgeschichte. Spickfinger, die ein einfaches Öffnen und Schliessen der Hände verhindern. Arthrose. Knie und Rückenprobleme. Infekt der Halswirbelsäule. Im Februar dieses Jahres kam ein entzündeter Blinddarm dazu, vor einigen Wochen musste Rüdlinger auch noch eine Operation am Hals über sich ergehen lassen.

An Arbeit ist nicht mehr zu denken. Eine IV-Rente hat Rüdlinger trotz allem nie erhalten. Zuletzt wurde sie ihm im März 2018 verweigert. Die Sozialversicherungsanstalt des Kantons St. Gallen schrieb: «Unsere Abklärungen haben ergeben, dass in der Tätigkeit als Lastwagenchauffeur aus medizinischer Sicht weiterhin eine 60%ige Arbeitsfähigkeit besteht.»

In jeder «adaptierten», also angepassten Tätigkeit betrage die Arbeitsfähigkeit gar 100 Prozent – sofern diese «überwiegend sitzend», «ohne häufiges Treppen- oder Leitersteigen» und «nicht in hockender oder kniender Position» verrichtet werden müsse.

Die IV-Stelle kommt zum Schluss, dass Rüdlinger «mit gesundheitlicher Einschränkung» 66 720 Franken pro Jahr verdienen könne. «Ohne gesundheitliche



© Andrea Brunner

Einschränkung» geht die Behörde beim ehemaligen LKW-Fahrer von einem Jahreseinkommen von 69 371 Franken aus.

Seine Erwerbseinbusse beträgt demnach 2651 Franken, also vier Prozent. Folglich ist auch der Invaliditätsgrad von Rüdlinger lediglich vier Prozent. Fazit: «Kein Anspruch auf eine Invalidenrente.»

Der St. Galler Rechtsanwalt Ronald Pedernana (57), der Christian Rüdlinger vertritt, findet diese Berechnungsmethode des Invaliditätsgrades stossend: «Leute mit einem eher tiefen Lohn, die wie alle anderen in die IV einzahlen, haben im Bedarfsfall kaum eine Chance, eine IV-Rente zu bekommen.»

Zur Veranschaulichung zeigt Pedernana die Invaliditätsberechnung für einen anderen Klienten. Dieser verdiente ohne Behinderung 112 027 Franken pro Jahr. Wegen eines Unfalls hat er nun, wie Rüdlinger, Rücken- und Knieprobleme.

Laut Berechnungen der Behörden kann der 53-Jährige heute mit Behinderung noch 49 421 Franken verdienen. Erwerbsausfall: 62 606 Franken, also 56 Prozent. Demnach beträgt auch der Invaliditätsgrad des Mannes 56 Prozent. Er hat Anspruch auf eine halbe IV-Rente, 958 Franken pro Monat.

Hätte Rüdlinger vor seinen gesundheitlichen Problemen ebenfalls 112 027 Franken verdient, läge seine theoretische Erwerbseinbusse bei 40 Prozent – und er würde heute zu 40 Prozent als invalid gelten, nicht nur zu vier Prozent. Kurz: Er hätte Anspruch auf eine Viertel-IV-Rente.

Für Anwalt Pedernana ist deshalb klar: «Die IV ist ein Beschiss der Reichen an den Armen, der vom Bundesgericht, dem Bundesrat und dem Parlament geschützt wird.»

Das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) bestreitet nicht, dass Gutverdiener durch die IV-Berechnungsmethode bessere Chancen auf eine Rente haben. Sprecher Harald Sohns: «Dieses System führt einerseits dazu, dass Versicherte mit ausgesprochen hohen Löhnen eher Anspruch auf eine ganze Rente haben als Versicherte mit tiefen Löhnen.» Andererseits sei es aber auch so, dass Gutverdiener zumeist nicht auf eine Rente angewiesen seien, die IV aber auf deren sehr hohe Beiträge.

Sohns: «Der Anspruch auf eine IV-Rente ist deshalb vollständig unabhängig davon, wie arm oder reich jemand ist.» Würde man diesen Grundsatz kippen, also von einem bestimmten Einkommen an keine Renten mehr zusprechen, müsste man diese Versicherten wohl auch von der Beitragspflicht befreien. «So liesse sich die IV kaum finanzieren», gibt BSV-Sprecher Sohns zu bedenken.

Christian Rüdlinger nützen diese grundsätzlichen Überlegungen wenig. Er lebt vom Sozialamt.

Wenn der LKW-Fahrer an das Gutachten seines IV-Arztes denkt, wird er immer noch wütend: «Wer diesen Bericht liest, könnte meinen, ich sei ein gesunder Mann.» Früher konnte er sich ein Leben ohne Lenkrad nicht vorstellen. Heute ist für ihn ein Leben ohne Schmerzmittel unvorstellbar.

Anwälte kritisieren «Flugärzte» aus Deutschland

Fremde Ärzte als fremde Richter

Erschienen am 17. November 2019

Die Schweiz lässt Dutzende Ärzte, die ihre Praxis in Deutschland haben, als IV-Gutachter einfliegen. Sie sollen entscheiden, wer eine IV-Rente bekommt.

Von Thomas Schlittler

Das psychiatrische Gutachten erklärt eine Frau für gesund und arbeitsfähig – die IV-Rente wird ihr verweigert. Doch ihr Rechtsanwalt Pierre Heusser (50) aus Zürich hält die Expertise für unbrauchbar.

In seiner Beschwerde präzisiert er, dass der zuständige Dr. H.* aus Deutschland stammt und eine psychiatrische Praxis in Hamburg führt. «Es ist also davon auszugehen, dass Dr. H. lediglich als sogenannter 90-Tage-Dienstleister in der Schweiz tätig ist und sonst keinen Bezug zur Schweiz hat.» Für Heusser ist das inakzeptabel. Die Frau habe das Recht, von einem Arzt begutachtet zu werden, der «mit den schweizerischen Gepflogenheiten vertraut» ist.

Dr. H. arbeitet für die SMAB AG, eine von rund 30 Firmen, die in der Schweiz «polydisziplinäre IV-Gutachten» erstellen dürfen. Also solche, die mehrere medizinische Fachbereiche umfassen.

Nun zeigen Recherchen von SonntagsBlick: Dr. H. ist kein Einzelfall. Die SMAB AG arbeitet mit mehr als zehn Ärzten zusammen, die in Deutschland praktizieren und in der Schweiz nur als Versicherungsgutachter arbeiten.

Auch andere Gutachterstellen wie die PMEDA AG von Dr. Henning Mast lassen Ärzte aus Deutschland einfliegen, um Schweizer IV-Antragsteller zu begutachten. Mehrere Dutzend sogenannte Flugärzte sind hierzulande in dieser Funktion tätig.

Versicherungsanwälten, Behindertenorganisationen sowie behandelnden Schweizer Ärzten sind sie ein Dorn im Auge. Die Zürcher Psychiaterin Maria Cerletti (55) kritisiert, die räumliche Distanz verführe zu übermässiger Härte. «Die Kollegen aus Deutschland kennen uns behandelnde Schweizer Ärzte nicht. Sie müssen uns nicht in die Augen schauen und sie müssen sich auch nicht um

ihren Ruf als Behandler in der Schweiz kümmern.»

Die Behindertenorganisation Procap moniert, dass sich deren Qualität kaum überprüfen lasse, wenn diese Ärzte ihre Praxis im Ausland hätten. «Es bekommt hier zum Beispiel niemand mit, wenn ein Arzt in deutschen Medien kritisiert wird. Auch disziplinarische Massnahmen bleiben unter dem Radar», so Alex Fischer, Bereichsleiter Sozialpolitik bei Procap.

Rechtsanwalt Heusser plädiert generell dafür, dass mit der Beurteilung der Arbeitsfähigkeit Mediziner beauftragt werden sollten, die mit den Schweizer Verhältnissen vertraut seien – mit dem Arbeitsmarkt, dem gesellschaftlichen Umfeld, mit dem Gesundheitswesen. Er fragt rhetorisch: «Oder würde es einem Gericht in den Sinn kommen, für die Schätzung eines Chalets in Grindelwald einen deutschen Immobilienmakler aus Berlin einzufliegen?» Heusser stellt fest: «Wir Versicherungsanwälte haben den Eindruck, dass genau jene Gutachterstellen mit vielen ausländischen Gutachtern in ihren Reihen am häufigsten von der Beurteilung der behandelnden Schweizer Ärzte abweichen.»

Thomas Ihde (51), Chefarzt der Psychiatrie der Berner Oberländer Spitäler FMI, will nicht alle Flugärzte in den gleichen Topf werfen. «Einige machen das seit Jahren, sind mit den Gegebenheiten in der Schweiz vertraut und arbeiten seriös», sagt er im Interview mit SonntagsBlick. Es gebe aber auch jene, die nur wegen des Geldes hier seien und die Schweiz kaum kennen: «Unter diesen Umständen ist ein seriöses Gutachten unmöglich.»

Das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) weiss vom Einsatz der fremdländischen Experten. Der geballten Kritik zum Trotz verteidigt die Behörde die Praxis. Sprecher Harald Sohns: «Wir sehen darin kein Problem.» Relevant sei einzig die fachliche Qualifikation der Gutachter und nicht, wo diese ihren Sitz hätten.

Im Übrigen weist das BSV darauf hin, dass die Schweiz auf Gutachter aus dem Ausland angewiesen sei, weil es in bestimmten

medizinischen Fachrichtungen einen Mangel an solchen Kräften gebe.

Auf die Frage, wie es komme, dass einzelne Gutachterstellen wie PMEDA und SMAB deutlich mehr Flugärzte in ihren Reihen hätten als andere, geht das BSV nur indirekt ein. Sprecher Sohns: «Die Gutachterstellen sind frei im Entscheid, mit welchen Gutachterinnen und Gutachtern sie zusammenarbeiten.» Es sei kein Mangel, wenn eine Gutachterstelle mehr deutsche Ärzte beschäftige als andere.

Die SMAB AG selbst betrachtet die zahlreichen deutschen Gutachter sogar als Glücksfall. Die beigezogenen Ärzte aus Deutschland hätten keine Berührungspunkte mit den schweizerischen Sozialversicherungsträgern oder der hier ansässigen Privatassekuranz. «Dies kommt unserem Credo, wonach die für uns tätigen Versicherungsmediziner frei von Interessenbindungen sein müssen, sehr entgegen», teilt das Unternehmen mit.

Den Begriff «Flugärzte» hält die SMAB AG für despektierlich: «Unsere Gutachterinnen und Gutachter reisen jeweils in die Schweiz ein, in aller Regel mit dem Auto oder dem Zug.» In der Folge seien sie am Einsatzort zu meist mehrere Tage lang gutachterlich tätig.

* Name der Redaktion bekannt



© Igor Kravarik

Der

Zürcher Journalistenpreis 2020

wird

Christian Zeier

für seinen Artikel

Die CS und die Zwei-Milliarden-Dollar-Frage

erschienen im Magazin und auf reflekt.ch am 14. September 2019

verliehen.

Zürich, 8. September 2020

Die Jury:



Hannes Britschgi



Susan Boos



Lisa Feldmann



Hansi Voigt



Nina Jecker



Stefan von Bergen

Preisträger



Christian Zeier

Christian Zeier (1986) ist freier Auslandsreporter sowie Mitbegründer und redaktioneller Leiter des unabhängigen, investigativen Recherche-Teams «Reflekt». Während seines Bachelor-Studiums in Medien- und Kommunikationswissenschaften an der Universität Fribourg sammelte er erste journalistische Erfahrungen beim «Burgdorfer Tagblatt/Aemme Zytig», wo er ab 2011 als Redaktor tätig war. Später arbeitete er für die «Berner Zeitung» und machte sich nach dem Abschluss des Master-Studiums Soziale Probleme und Sozialpolitik als freier Journalist selbstständig. Sein Fokus liegt bis heute auf sozialpolitischen Themen, wobei er sich in erster Linie Expertise in den Bereichen Internationale Migration, Globale Entwicklung und Ungleichheit erarbeitet hat. Als freier Auslandsreporter hat Christian Zeier für die grösseren Zeitungen und Magazine der Schweiz aus zahlreichen Ländern im Nahen Osten und auf dem afrikanischen Kontinent berichtet – darunter Somalia, Nigeria, Eritrea oder Irak. Basierend auf seinen Reportagen konzipierte er gemeinsam mit dem Schauspieler und Musiker Ouelgo Téné die journalistische Lesung «Africa Is Not A Country», die unter anderem in Bern, Basel oder Zürich aufgeführt wurde und ein zeitgenössisches Bild des afrikanischen Kontinents vermitteln soll. Während der Reporter bei seiner journalistischen Arbeit harte Fakten über schöne Formulierungen stellt, verarbeitet er persönliche Erlebnisse hin und wieder zu literarischen Texten – mit seiner Kurzgeschichte «Lara», die auf der griechischen Insel Lesbos spielt, konnte er 2019 den OpenNet-Schreibwettbewerb der Solothurner Literaturtage gewinnen.

Laudatio

Laudatio für Christian Zeier
von *Hansi Voigt*

Es ist der grösste Finanzskandal in der Geschichte Mocambiques. Mittendrin: Die Schweizer Bank Credit Suisse, die gegen Zusicherung einer rechtswidrigen Staatsgarantie dem ostafrikanischen Staat zu einem zwei Milliarden Dollar Kredit verholfen hat. Das Geld für die Projekte kam niemals an, nur die Schulden. In Folge fiel die Währung ins bodenlose und das wirtschaftlich lange prosperierende Mocambique wurde zahlungsunfähig. Der IWF leitete Untersuchungen ein.

Allein an Bestechungsgeldern flossen 200 Millionen Dollar – davon vermutlich 50 Millionen an CS-Mitarbeiter London. Die nannten ihre im gerupften Land gemachte Beute sinnigerweise «50 Million Chickens».

Viele Fragen an die CS blieben offen. Hat die Konzernleitung mitgewirkt? War sie informiert? Weshalb hat sie nicht interveniert? Oder wusste sie nichts von den Krediten? Alle Varianten sind äusserst unangenehm. Die CS-Verantwortlichen in der Schweiz verschanzten sich hinter der Variante von drei vermeintlichen Einzeltätern der Londoner Niederlassung und letztlich hinter der Behauptung, man habe ja wohl in der Zentrale besseres zu tun, als lumpige 2-Milliarden-Dollar-Kredite mühsam zu überprüfen.

Trotz all der Ungeheuerlichkeiten des Mocambique-Skandals mit Schweizer Grossbankbeteiligung, über den insbesondere auf Infosperber oder in der WOZ seit 2016 regelmässig berichtet wurde, drohte der Fall zum Paradebeispiel dafür zu werden, dass man als Bank ganze Länder mit betrügerisch eingefädelten Krediten in den Ruin treiben

kann, ohne die Verantwortung übernehmen zu müssen.

Als der Autor Christian Zeier 2019 seine aufwändigen Recherchen unter dem Titel «Die CS und die Zwei-Milliarden-Dollar-Frage», im Tagi-Magi veröffentlichte und sämtliche Dokumente diversen anderen Medien zur Verfügung stellte, kam auch hierzulande wieder Bewegung in die Affäre. Das NGO Public Eye reichte aufgrund des vorgelegten Materials eine Anzeige gegen die CS ein und inzwischen hat die Bundesanwaltschaft – quasi wie vom Autor gefordert – ein Strafverfahren eröffnet.

Zeiers Recherchen wurden durch den Verein Reflekt ermöglicht. «Reflekt ist journalistischer Widerstand. Widerstand gegen Abbau und Qualitätsverlust im Journalismus», heisst es unter anderem auf der Homepage des Vereins, – der übrigens um jeden Spendenfranken froh ist. Das mit dem Widerstand gegen den Qualitätsverlust haben Reflekt, das Tagi-Magi und der Autor mit der vorliegenden Recherche prima hinbekommen.

Für die hervorragende Arbeit erhält Christian Zeier den Zürcher Journalistenpreis.

Die CS und die Zwei-Milliarden-Dollar-Frage

Erschienen am 14. September 2019

Bis vor ein paar Jahren war Moçambique ein aufstrebendes afrikanisches Land. Dann ruinierte ein Kreditkandal die Volkswirtschaft. Recherchen zeigen: Die Verstrickung der Credit Suisse ist stärker als angenommen.

Von Christian Zeier

António Simango sitzt auf einem Sofa in einem leer stehenden Haus ausserhalb der moçambiquanischen Hauptstadt Maputo und sagt: «Wenn ich mich öffentlich äussern würde, würdet ihr mich vielleicht nie wiedersehen.»

Als Staatsangestellter hat António Simango besonders grosse Angst vor Vergeltungsmassnahmen der Regierung. Seinen echten Namen sollen wir nicht publizieren, sein Gesicht nicht zeigen, nicht einmal mit uns gesehen werden möchte er. Also sind wir hinausgefahren aus dem Zentrum Maputos, auf der Küstenstrasse entlang des Indischen Ozeans, vorbei an Palmen, Stränden, mit jedem Kilometer wurden die Gebäude weniger. Irgendwann tauchte Simangos Wagen auf und folgte uns bis zu diesem leer stehenden Haus, das hinter einer hohen Gartenmauer liegt. Hier fühlt sich António Simango sicher. Hier erzählt er uns seine Geschichte – und damit die Geschichte seines Landes. Wie es in Moçambique aufwärtsging nach Jahren der Krisen und Kriege. Wie die Menschen Hoffnung schöpften in einem der ärmsten Länder der Welt. Und wie ein monumentaler Finanzkandal mit Schweizer Beteiligung alles zunichtemachte.

Nach dem Ende des Bürgerkriegs 1992 entwickelt sich Moçambique zu einem Liebling ausländischer Anleger. Von 2000 bis 2015 verdreifacht sich das Bruttoinlandsprodukt, die Auslandsinvestitionen wachsen um mehr als das Zwanzigfache. «Wir erleben einen gewaltigen Wandel», verkündete Christine Lagarde, Chefin des Internationalen Währungsfonds, 2014 an der Africa-Rising-Konferenz in Maputo. «Wir treffen uns hier in Moçambique mit optimistischen Aussichten und grossen Hoffnungen.» Ausländische Konzerne beteiligen sich am Rohstoffabbau, teure Infrastrukturprojekte entstehen und werden durch Staatsgarantien gedeckt. Zwar profitieren von dem Boom vor allem die

Reichen, doch es entsteht auch eine prosperierende Mittelschicht. «Als ich 2012 einwanderte, war Moçambique ein Land voller Euphorie», erinnert sich der Schweizer Andreas Ziegler, der in Maputo ein Solarenergie-Unternehmen führt. Noch Anfang 2016 prognostiziert der Internationale Währungsfonds (IWF) der Wirtschaft zwischen 2021 und 2025 ein phänomenales Wachstum von 24 Prozent pro Jahr. «Alles schien besser zu werden», erzählt António Simango, der damals als Lehrer arbeitete. Er hatte den Plan, sein Masterstudium abzuschliessen, ein Haus für seine Familie zu bauen. «Doch dann war plötzlich alles anders.»

Zwischen 2015 und 2016 wird Moçambique vom grössten Finanzkandal in der Geschichte des Landes erschüttert. Es wird bekannt, dass die Regierung ohne Wissen des Internationalen Währungsfonds und des moçambiquanischen Parlaments über staatsnahe Firmen Kredite im Gesamtwert von zwei Milliarden Dollar aufgenommen hat. Mittendrin: die Schweizer Bank Credit Suisse, von der die Hälfte des Geldes stammt. Weil der IWF Korruption vermutet und die Kredite seinen Vorgaben widersprechen, stoppt er seine Zahlungen an Moçambique. Viele Länder stellen daraufhin ihre Zuschüsse an den Staatshaushalt ein, die sie im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit leisteten. Plötzlich fehlt ein bedeutender Teil des Staatsbudgets, und Auslandsinvestitionen brechen ein. Für die Wirtschaft ist das eine Katastrophe. Moçambique erklärt seine Zahlungsunfähigkeit, die Inflationsrate steigt auf über 25 Prozent, die Preise für Alltagsgüter schiessen in die Höhe.

«Der Wirtschaftsboom wurde von einem Tag auf den anderen zunichtegemacht», erinnert sich Andreas Ziegler. Auch sein Geschäft bricht ein – von jährlich zehn Aufträgen auf null. An der Schule, an der António Simango unterrichtet, werden keine Überstunden mehr bezahlt, die Löhne treffen mit monatelanger Verspätung ein. «Sogar die Kreide wurde rationiert», sagt Simango. «Wie willst du so unterrichten?» Innerhalb kurzer Zeit wird aus Afrikas aufsteigendem Stern wieder ein Krisenland. Wie konnte das passieren? Und welche Rolle spielte die Credit Suisse dabei?

Die Ereignisse, die Moçambique ins Verderben stürzen, beginnen 2011. Diese Feststellung wie auch die folgenden Schilderungen

basieren auf einer Anklageschrift, die der US-Staatsanwalt des Eastern District of New York Ende 2018 veröffentlicht hat. Acht Personen werden darin angeklagt, darunter drei ehemalige Angestellte der Credit Suisse. Es gilt die Unschuldsvermutung. In den Monaten vor der Publikation der Anklageschrift hatte das FBI über eine Million Seiten transkribierter Telefonate, E-Mails, Banküberweisungen und anderer Beweismittel gesammelt. Die Behörden haben einen «massiven Betrugs- und Bestechungsplan» aufgedeckt, sagte Staatsanwalt Richard P. Donoghue. Ein Plan, der laut Ermittlungen als Kreditbetrug in den Reihen einer Holding mit Sitz im Libanon begann. Die Holding heisst Privinvest und wurde von den Brüdern Iskandar und Akram Safa gegründet. Nach eigenen Angaben ist sie eines der weltweit führenden Schiffbauunternehmen, unter anderem mit Werften in Deutschland, Frankreich und Griechenland.

Geschäftsführer Iskandar Safa ist ein eleganter Mann Mitte sechzig und so einflussreich wie mysteriös. Von Waffenlieferungen nach Angola bis zu Verhandlungen mit der Hisbollah: Immer wieder haben Medien den französischen Geschäftsmann mit libanesischen Wurzeln mit undurchsichtigen Deals in Verbindung gebracht. Safa hat stets jegliche kriminellen Handlungen bestritten. Weder er noch seine Firma wurden wegen eines Delikts verurteilt.

2011 kontaktiert der Privinvest-Mitarbeiter Jean Boustani einen Berater des damaligen moçambiquanischen Präsidenten. Sein Vorschlag: Das Land soll bei Privinvest Schiffe, Radarsysteme und Flugzeuge zur Küstenüberwachung kaufen und dafür Kredite im dreistelligen Millionenbereich aufnehmen. Der Präsidentenberater macht deutlich, dass ein solches Geschäft nur durch Schmiergeldzahlungen an ausgewählte Regierungsvertreter realisiert werden könne. In einer Mail schreibt er: «In demokratischen Regierungen wie der unsrigen kommen und gehen die Menschen, und alle Beteiligten wollen ihren Anteil am Geschäft.» Moçambique ist zu diesem Zeitpunkt eines der korruptesten Länder der Welt. Die Kredite würden ohne Bestechungsgelder für die moçambiquanische Seite kaum zustande kommen.

Zur selben Zeit sucht Boustani eine Bank, die seinen Plan finanziert. Fündig wird er bei der Credit Suisse International (CSI), einer



Krise

© opak – grafik & illustration

Londoner Tochterfirma des Schweizer CS-Konzerns, sowie der russischen Bank VTB.

«Meister der Schmiergelder»

Dass die Banken Interesse an einer Kreditvergabe an aufstrebende Entwicklungsländer haben, ist nicht ungewöhnlich. Weil die Zinsen für vergleichbare Kredite in Europa und den USA nach der Finanzkrise 2008 stark gesunken sind, wird immer mehr Kapital in Regionen mit höheren Renditen und Risiken verschoben. In Moçambique hat die Entdeckung grosser Erdgasvorkommen das Risiko einer Zahlungsunfähigkeit des Staates verringert und Investoren angelockt.

So organisiert Prinvest zusammen mit moçambiquanischen Beamten zwischen 2013 und 2014 drei Kredite im Gesamtwert von zwei Milliarden Dollar – das ist die Hälfte der jährlichen Staatseinnahmen Moçambiques. Mit diesem Geld sollen eine Thunfischfangflotte, das erwähnte Küstenüberwachungssystem sowie der Bau von Werften finanziert werden. Für die Durchführung der Grossprojekte wurden drei Firmen gegründet. Alle

drei vergeben ihre Aufträge an Prinvest – die Initiatorin und Mitorganisatorin der Kredite.

Die ungewöhnliche Doppelrolle ist nicht das einzig Merkwürdige an dem Deal. So findet kein Bieterverfahren statt, Prinvest ist die einzige Firma, die sich um die Millionenaufträge «bewirbt», und die drei Firmen, die die Aufträge offiziell vergeben, werden alle von derselben Person geführt: einem ehemaligen Kadermann des moçambiquanischen Geheimdienstes. Zudem wird das geliehene Geld nicht an die eigentlichen Kreditnehmerinnen – die drei neu gegründeten Firmen – überwiesen, sondern direkt an Prinvest.

Einige dieser Umstände machen die internen Kontrollstellen der Credit Suisse misstrauisch. So fragt ein CS-Mitarbeiter bei Boustani nach, ob Prinvest den Zuschlag durch ein Ausschreibungsverfahren erhalten habe. Boustani antwortet, dass der Deal aufgrund «hochrangiger Verbindungen» zwischen Prinvest und der moçambiquanischen Regierung zustande gekommen sei. Wie diese Beziehungen konkret aussahen, zeigen Ausschnitte aus dem Mailverkehr, den die US-Staatsanwalt-

schaft veröffentlicht hat. Ende 2011 schreibt der Präsidentenberater an Boustani:

«Fine brother. I have consulted and please put 50 million chickens.»

Gemeint sind 50 Millionen US-Dollar. So hoch ist die Summe der Bestechungsgelder, die allein an die Beamten in Moçambique fliessen soll. Insgesamt verschwinden mindestens 200 Millionen «Hühner» auf diese Weise. Sogar die CS nennt in internen Dokumenten einen der Beteiligten «master of kickbacks», Meister der Schmiergelder. Der Basler Strafrechtsprofessor und Antikorruptionsexperte Mark Pieth sagt dazu: «Wenn mich ein Compliance-Verantwortlicher anruft, mir diese Lage schildert und eine Einschätzung von mir möchte, dann sage ich: Ihr seid lebensmüde. Das ist ein Selbstmordkommando.»

Möchte ein Schweizer Unternehmen ähnlich hohe Kredite für ein ähnlich grosses Projekt aufnehmen, müsste es zahllose Dokumente und einen detaillierten Businessplan vorweisen. Das Unternehmen müsste zeigen, weshalb es kreditwürdig ist und wie es das Geld zurückzahlen wird. Im Fall

Moçambique wurden diese Regeln ausgehebelt. Weder konnten die drei neu gegründeten Firmen belegen, dass sie imstande sind, die erwarteten Einnahmen zu generieren, noch wurden Bedarf und Realisierbarkeit der Projekte sorgfältig abgeklärt. Die Thunfischfangflotte etwa, deren Fang Moçambique nach Europa exportieren wollte, entsprach nicht den dafür notwendigen Standards.

Vergibt eine Bank unter solchen Umständen einen Kredit, geht sie ein hohes Risiko ein, dass ihr Geld im Konkursfall verloren geht. Ausser: Jemand haftet für den Kredit. Zum Beispiel der moçambiquanische Staat. Ende 2012 schreibt Boustani dem Präsidentenberater gemäss Anklageschrift:

«But the only imperative matter for Credit Suisse bro is [*the defendant Manuel Chang's*] signature of the guarantee for the loan.»

Das einzige zwingende Kriterium für die Schweizer Bank war somit die Unterschrift des Finanzministers Manuel Chang unter der Staatsgarantie. Das ist die zentrale Idee hinter dem Moçambique-Deal: Ein Unternehmen,

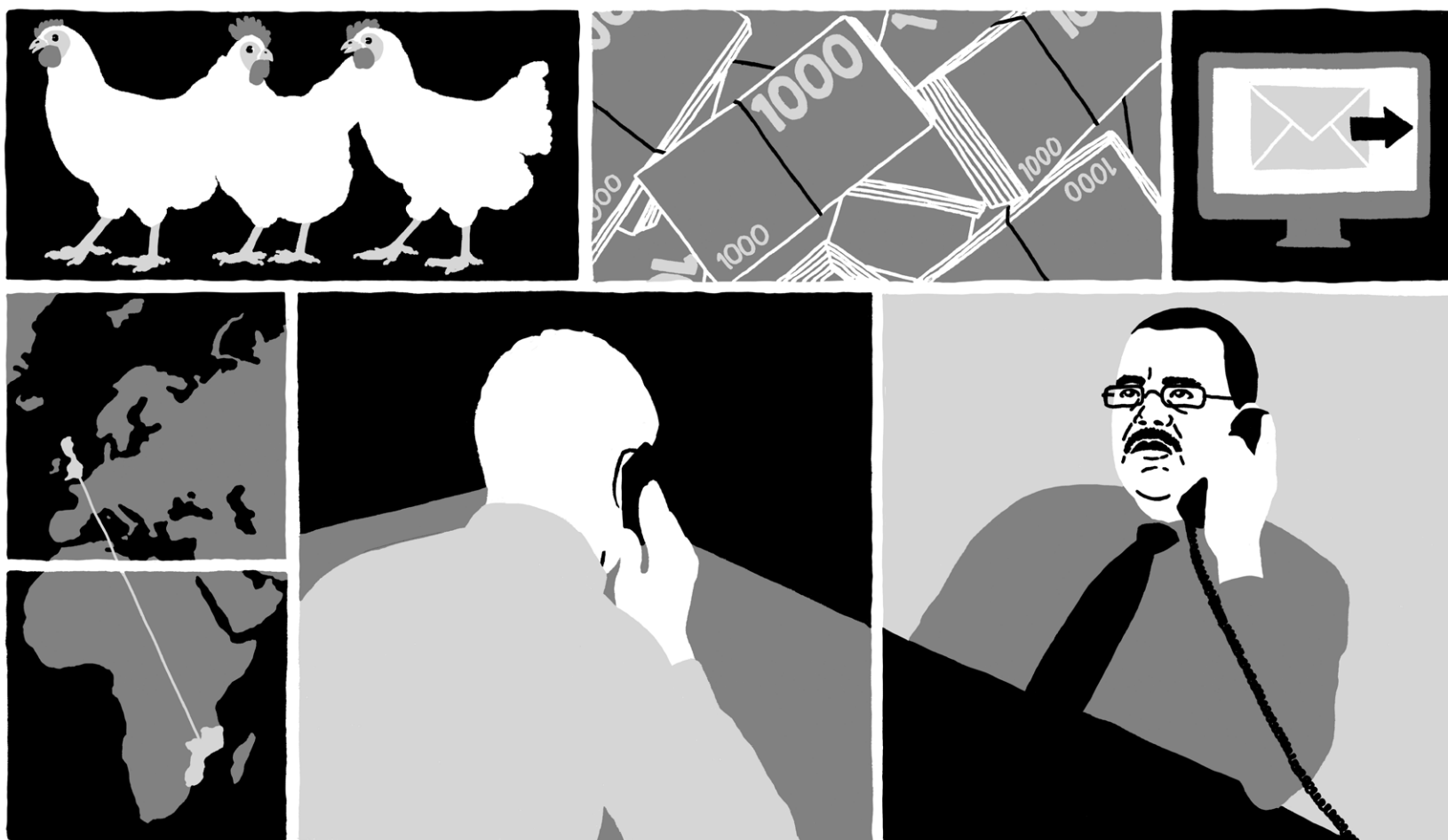
zwei Banken und eine Gruppe korrupter Politiker vereinbaren gemeinsam ein Kreditgeschäft. Gehen die Firmen in Konkurs, übernimmt der Staat die Schulden. Das finanzielle Risiko für die Beteiligten ist also gering. Ausser dem moçambiquanischen Volk profitieren alle.

«Es ist gefährlich, in unserem Land offen zu sprechen», sagt Jorge Matine. «Wir treffen Vorsichtsmassnahmen, aber wenn sie hinter dir her sind, hilft dir das nicht viel.» Matine ist Arzt, Mitarbeiter des NGO-Zusammenschlusses Budget Monitoring Forum und einer der wenigen, die sich in Moçambique öffentlich gegen die Rückzahlung der Kredite wehren. Schuld an der Misere seien in erster Linie die korrupten Politiker, sagt Matine. «Aber auch die Schweiz trägt eine Verantwortung.» Sie könne doch nicht einerseits Entwicklungshilfe leisten und andererseits Geschäfte erlauben, die Entwicklungsländer ruinieren. Er beklagt, dass die Regierung die Ausgaben für das Gesundheits- und Bildungswesen massiv gekürzt hat. Ambulanzen fehle das Benzin, Krankenhäusern der Strom. «Wenn ihr auf-

hören würdet, mit unseren plündernden Politikern Geschäfte zu machen, bräuchten wir eure Unterstützung nicht», sagt er zum Abschied.

Berechnungen der NGO Centro de Integridade Pública (CIP) in Maputo zeigen, dass die Kredite Moçambique noch teurer zu stehen kommen könnten als bislang angenommen. Es gehe nicht nur um die stets kolportierten zwei Milliarden Dollar, sagt Celeste Banze, Finanzexpertin der NGO, die sich für Transparenz und gegen Korruption einsetzt. Rechne man die Zinsen und die Kosten für die Umstrukturierung der Kredite hinzu, komme man am Ende auf mehr als das Doppelte. Vier Milliarden Dollar also – damit liesse sich der gesamte moçambiquanische Bildungssektor während vier Jahren finanzieren. «Die Rückzahlung der Schulden», sagt die Ökonomin, «wird nochmals viel Geld kosten, das man für die Verbesserung unserer Leben hätte verwenden können.»

2017 untersuchte die internationale Wirtschaftsdetektei Kroll, wer von den Krediten profitiert hat. Demzufolge haben die Credit Suisse und die russische VTB 200 Millionen



an Gebühren einbehalten und 1,8 der zwei Milliarden Dollar an Prinvest überwiesen – für Investitionen in Waren und Dienstleistungen, deren Wert Kroll mindestens 700 Millionen tiefer einschätzt. Von Prinvest ist ein Teil des Geldes an moçambiquanische Politiker geflossen, 50 Millionen haben die involvierten ehemaligen CS-Mitarbeiter in London erhalten.

Auf die Frage, wie sich die Differenz zwischen dem Preis und dem Wert der erbrachten Leistungen erklären lasse, antwortet Prinvest lapidar: «Prinvest hat die vertraglichen Verpflichtungen erfüllt und ausserordentliche Massnahmen ergriffen, um zum Erfolg der Projekte beizutragen.» Die Firma weist jegliche Vorwürfe in Bezug auf die Lieferverträge zurück. Vielmehr seien es die moçambiquanischen Firmen, die ihren Teil der Abmachung nicht eingehalten hätten. Weder Prinvest noch der CEO Iskandar Safa seien über angeblich kriminelle Handlungen informiert gewesen. Fünf weitere Fragen zur Verantwortung der Firma und zu der allfälligen Rückzahlung der Kredite bleiben unbeantwortet. Aufgrund laufender Verfahren will sich Prinvest nicht weiter dazu äussern. Zu den einbehaltenen Gebühren sagt die Credit Suisse, dass sie einen Grossteil davon an beteiligte Investoren weitergegeben habe. Sie selbst habe 33 Millionen erhalten, einerseits für das Arrangieren der Kredite, andererseits für die Umstrukturierung eines der Kredite. Berechnungen legen nahe, dass die Kredit-Milliarde, die die CS vergeben hat, bis heute über 300 Millionen Dollar an Zinsen und Gebühren generiert hätte. Welche Anteile dieser Kredite sie weiterverkauft hat, welche sie besitzt und wie hoch ihr bisheriger Gewinn ist, gibt die Bank nicht bekannt. Auf zehn detaillierte Fragen antwortet die Credit Suisse lediglich mit allgemeinen Aussagen: Sie kooperiere mit den relevanten Behörden und setze sich für mehr Transparenz bei der Kreditvergabe an Staaten ein.

Enormer Kapitalabfluss

Klar ist: Ein Grossteil des Geldes, das für die Umsetzung der Grossprojekte vorgesehen war, findet nie den Weg nach Moçambique. Während die Patrouillenboote für die Küstenüberwachung irgendwann verschwanden, rostet die Thunfischflotte im Hafen von Maputo gut sichtbar vor sich hin. Die drei Firmen machen nie Profit und geraten bald in Zahlungs-

verzug. Aufgrund der Staatsgarantie müsste nun das Land einspringen. Doch Moçambique gibt Anfang 2017 bekannt, dass es seine Schulden nicht mehr bedienen kann – als erstes afrikanisches Land seit 2011.

Spätestens jetzt wird offensichtlich, dass die Credit Suisse einer der Verursacher der moçambiquanischen Wirtschaftskrise ist. Die Schweizer Bank ist aus heutiger Sicht mitverantwortlich dafür, dass Hilfszahlungen an das Land eingestellt wurden, dass das Bildungs- und das Gesundheitswesen Schaden genommen haben und Medikamente fehlen. Vergleichbare Fälle gibt es einige, der Kapitalabfluss durch Kredite ist besonders auf dem afrikanischen Kontinent enorm.

Doch nur selten sind die Auswirkungen auf ein Land so direkt und so verheerend. Und nur selten wird ein Fall so umfassend aufgearbeitet. Solange nicht Korruption oder eine andere illegale Tätigkeit involviert ist, sind diese Kreditgeschäfte nicht strafbar. «So hart das auch tönt, aber es ist nicht verboten, ein Entwicklungsland kaputtzumachen», sagt der Basler Strafrechtsprofessor Mark Pieth. Aus diesem Grund und weil es, abgesehen von der Bevölkerung, keine Geschädigten gibt, muss sich lange Zeit niemand für den Skandal verantworten. Die CS schweigt, in der Schweiz weiss kaum jemand Bescheid, und die moçambiquanische Regierung versucht, die Sache zu vertuschen. Das gelingt erstaunlich gut – bis die USA Ende 2018 die Karten neu mischen.

Obschon die involvierten Firmen ihre Sitze in Moçambique, Grossbritannien, Libanon, Russland, den Vereinigten Arabischen Emiraten und der Schweiz haben, sind es die US-Behörden, die bislang am meisten zur Aufklärung des Falls beigetragen haben. Ihre Begründung: Die umstrittenen Transaktionen erfolgten über das Zahlungssystem der Vereinigten Staaten, und US-Investoren wurden durch den Betrug geschädigt.

Dank der Anklageschrift wird erstmals das Ausmass des Skandals bekannt. Angeklagt werden unter anderem zwei Prinvest-Mitarbeiter, der ehemalige moçambiquanische Finanzminister sowie drei frühere Angestellte der CS in London. Letzteren werfen die US-Ermittler Korruption, Geldwäscherei, Wertpapier- und Überweisungsbruch vor. Eine ehemalige CS-Mitarbeiterin bekennt sich im Mai 2019 der Geldwäscherei schuldig,

ein zweiter Mitarbeiter – der Neuseeländer Andrew Pearse – im Juli des Überweisungsbruchs.

Vor Gericht erscheint Pearse mit Anzug, Brille und bravem Scheitel – und voll tätowiertem rechtem Arm. Er sagt, dass er nicht nur sich selbst habe bereichern wollen, auch sein Arbeitgeber Credit Suisse habe dank der Kredite «erhebliche Gewinne» erzielt. Und er belastet die Bank noch weiter: Ihm und anderen CS-Mitarbeitern sei bekannt gewesen, dass Geschäfte mit Moçambique und Iskandar Safa ein hohes Bestechungsrisiko beinhalten. Das habe ihn aber nicht weiter beunruhigt, da er beobachtet habe, dass die CS in solchen Fällen mit zwischengeschalteten Vermittlern zusammenarbeitet, um sich von der rechtlichen Verantwortung zu befreien. Zudem soll es im Fall Moçambique zu loan pushing gekommen sein: Die Höhe der Kredite habe sich nicht an den Bedürfnissen des Landes orientiert, sondern am verfügbaren Geld der Banken. Die Credit Suisse äussert sich aufgrund der laufenden Verfahren nicht zu diesen Anschuldigungen.

Es liegt nahe, dass Pearse mit der US-Staatsanwaltschaft kooperiert und daher die anderen Anklagepunkte gegen ihn fallen gelassen wurden. Für Prinvest und die Credit Suisse wird die Lage damit noch brenzlicher. Es sei nicht ungewöhnlich, dass das US-Justizministerium zuerst gegen Einzelpersonen vorgehe, um dann etwas gegen das Unternehmen in der Hand zu haben, sagt Walter Mäder, ehemaliger Staatsanwalt des Bundes und Verantwortlicher für das Deliktsfeld der internationalen Korruption. «Wenn die Person dann kooperiert, um einen guten Deal zu bekommen, können weitere Personen oder gar das Unternehmen hineingezogen werden.»

Im April 2019 hat die NGO Public Eye bei der Bundesanwaltschaft Strafanzeige gegen die Credit Suisse eingereicht. Sie fordert, dass die Strafbarkeit des Konzerns mit Sitz in Zürich abgeklärt wird. Es stellt sich die Frage: Wie wahrscheinlich ist es, dass drei Personen in London ohne Wissen der Konzernleitung eine Milliarde Dollar an ein Hochrisikoland vergeben konnten?

Venâncio Mondlane ist ein beschäftigter Mann. Unser Treffen verschiebt er gleich zweimal, ehe er vorschlägt, sich am späten Abend zusammenzusetzen. Mondlane ist 45 Jahre alt, er war einmal Banker, später sass er im Parlament.

«Fine brother. I have consulted and please put 50 million chickens.»

Heute berät er den moçambiquanischen Oppositionsführer. Als einer der ersten Politiker hat er die versteckten Kredite thematisiert. Dennoch möchte auch er, wie fast alle unsere Gesprächspartner, nicht mit ausländischen Journalisten gesehen werden. Es ist längst dunkel, als Mondlane zum Treffen in einer kleinen Wohnung nahe der weissen Kathedrale im Zentrum Maputos erscheint. Mit eindringlicher Stimme sagt er: «Die Kredite sind illegal. Wir werden sie nicht zurückzahlen, und wir sind nicht das erste Land, das sich weigert.» Als einziger Oppositioneller war er Teil der parlamentarischen Untersuchungskommission, die den Skandal aufarbeiten sollte. Den Schlussbericht, den die Kommission veröffentlichte, bezeichnet er als «schwach». Bisher habe die dominante Regierungspartei Frelimo stets verhindert, dass die wirklich wichtigen Fragen gestellt werden konnten.

Droht der CS ein Strafverfahren?

Bereits 2015 hat die moçambiquanische Staatsanwaltschaft ein Verfahren eröffnet, doch erst Anfang 2019, nach Veröffentlichung der US-Anklageschrift, hat sie zwanzig Personen angeklagt – darunter den Sohn des ehemaligen Präsidenten. Nach Jahren der Verschleierungstaktik scheint die Regierung nun in die Offensive zu gehen, um ihre finanzielle Situation zu verbessern und einen Teil der Schuld loszuwerden. Im Februar hat Moçambique am Londoner High Court eine Zivilklage gegen die Credit Suisse AG, die Credit Suisse International und andere eingereicht, mit dem Ziel, eine der Staatsgarantien für die Kredite annullieren zu lassen. Venâncio Mondlane ist allerdings überzeugt: Solange die Leute, die den Skandal aufarbeiten, jenen nahestehen, die ihn verursacht haben, könne man von moçambiquanischer Politik und Justiz nicht viel erwarten.

«Das wird Ihnen als Schweizer vielleicht nicht gefallen», sagt Mondlane. «Aber so wie wir gegen unsere Leute vorgehen, muss auch die Schweiz Verantwortung für ihre Kriminellen übernehmen.» Die Credit Suisse habe ihre eigenen Bedingungen nicht

eingehalten und so Korruption ermöglicht. Tatsächlich sah das interne Kontrollsystem der Bank vor, dass der moçambiquanische Generalstaatsanwalt zur Gültigkeit der Staatsgarantie befragt und der IWF über die Kredite informiert werden. Zudem forderte die Bank laut dem Bericht der Wirtschaftsdetektei Kroll ursprünglich, dass die Kredite vom moçambiquanischen Verwaltungsgerichtshof überprüft und von der Zentralbank absegnet werden. Hätten sich die Beteiligten daran gehalten, wären die Kredite wohl öffentlich gemacht und nie gesprochen worden. Doch laut den Untersuchungen der US-Behörden haben CS-Mitarbeiter die eigenen Bedingungen vor der Unterzeichnung der Verträge fallen gelassen. Wie so etwas möglich ist, das müsse untersucht werden, sagt Venâncio Mondlane. Dass für einen Kredit in dieser Höhe nur drei Mitarbeiter der Tochtergesellschaft einer Grossbank verantwortlich seien, hält er aufgrund seiner Erfahrung als Banker für «komplett unmöglich». Die Forderung des Oppositionspolitikers ist daher klar: «Die Schweiz muss die zuständigen Manager und Verwaltungsräte zur Verantwortung ziehen.»

Zurzeit klärt die Schweizer Finanzmarktaufsicht Finma in Kooperation mit den britischen Behörden, ob die Credit Suisse aufsichtsrechtlich korrekt gehandelt hat. Zudem prüft die Bundesanwaltschaft, ob ein Strafverfahren gegen die Credit Suisse eröffnet werden muss. Konkret geht es um die Frage, ob ein hinreichender Tatverdacht vorliegt und ob die Schweiz für den Fall zuständig ist. Strafrechtlich ist vor allem Artikel 102 des Strafgesetzbuchs von Bedeutung. Dieser sieht vor, dass ein Unternehmen etwa für die Bestechung ausländischer Amtsträger bestraft werden kann, wenn ihm vorzuwerfen ist, dass es «nicht alle erforderlichen und zumutbaren organisatorischen Vorkehrungen getroffen hat, um eine solche Straftat zu verhindern». Dem fehlbaren Unternehmen drohen eine maximale Busse von fünf Millionen Franken sowie die Einziehung des erzielten Gewinns.

Die Credit Suisse weist jede Verantwortung von sich. «Wir sind bestürzt über das, was wir in der US-Anklageschrift gelesen haben», sagte Verwaltungsratspräsident Urs Rohner an der diesjährigen Generalversammlung. «Das war auch für uns neu.» Die Bank sagt, die Transaktionen seien von britischen Banktöchtern durchgeführt und von Mitarbeitern in Gross-

britannien genehmigt worden. Die Angeklagten hätten in persönlicher Bereicherungsabsicht gehandelt sowie Dokumente gefälscht und private E-Mail-Konten benutzt, um das interne Kontrollsystem zu umgehen. Ob das die ganze Wahrheit ist, bleibt fraglich. Wieso hat die Bank zum Beispiel ihre Mitarbeiter nicht angezeigt, wenn diese sich selbst bereichert haben? Zumal die Mitarbeiter, gemäss Anklageschrift, erst ab dem zweiten Kredit externe Mailkonten benutzt haben. Der erste Kredit, und somit der Beginn des mutmasslichen Betrugs, wurde über die offiziellen Firmenadressen eingefädelt. Auch zu diesen Punkten schweigt das Unternehmen.

Was wusste die Konzernleitung?

Schliesslich ein potenziell entscheidender Punkt: Die Angeklagten konnten das interne Kontrollsystem der Credit Suisse vor allem deshalb austricksen, weil die Verantwortlichen nicht genau hinschauten. Wie sonst hätten die Angeklagten die ursprünglichen Bedingungen für die Kreditvergabe einfach so beseitigen können? Wieso konnte einer der Angeklagten

den ersten Kredit mitorganisieren – und kurz darauf die Verantwortung für die Due Diligence des zweiten übernehmen? Weshalb wurden die Kredite durchgewunken, obwohl ein CS-Mitarbeiter Zeitungsberichte über Privinvest sammelte, um auf das Risiko einer Zusammenarbeit mit dieser Firma hinzuweisen? Die US-Staatsanwaltschaft hält fest: «Im Rahmen des Prüfungsverfahrens der Credit Suisse wurden frühzeitig bestimmte Warnsignale identifiziert.» Doch hätten die Verantwortlichen ihre Bedenken nicht an die Compliance-Abteilung weitergegeben und diese habe «darin versagt, ihre Untersuchung weiterzuverfolgen». Auch dazu will sich auf Anfrage niemand bei der CS äussern.

Bleibt somit die Frage, ob die Konzernleitung in Zürich für das interne Kontrollsystem ihrer Tochterfirma in London verantwortlich ist. Die CS verneint. Zahlreiche Indizien sprechen jedoch dafür, dass mindestens ein sogenanntes Organisationsverschulden des Schweizer Konzerns vorliegt – und die Schweizer Strafverfolgungsbehörden zuständig sind.

Zum einen sind da die riskanten Umstände des Deals: Fachleute für Banken-Compliance und Corporate Governance bestätigen, dass ein Kredit in dieser Höhe an ein Land wie Moçambique mit grosser Wahrscheinlichkeit von der Geschäftsleitung oder dem Verwaltungsrat im Mutterhaus abgesegnet werden muss. Faktoren wie die hohe Korruptionsgefahr oder die Beteiligung einschlägig bekannter Personen hätten den Entscheid über die Kreditvergabe in der Hierarchie «nach oben eskalieren müssen» – ins Schweizer Mutterhaus. Tatsächlich geht Strafrechtsprofessor Mark Pieth davon aus, dass die Konzernleitung allein schon aufgrund der Kredithöhe involviert gewesen sein muss. Auch der ehemalige Staatsanwalt des Bundes Walter Mäder ist der Meinung, dass die Organisation von Compliance und Controlling nicht einfach nach unten delegiert werden könne: «Das ist Aufgabe des Mutterhauses. Die Konzernleitung trägt dafür innerhalb des gesamten Konzerns eine grundsätzliche Verantwortung.»

Kommt hinzu: Mehrere Bankangestellte besetzten gleichzeitig sowohl in der CS-Gruppe



Schuld

© opak – grafik & illustration



Konsequenz

© opak – grafik & illustration

als auch bei der CS International in London entscheidende Positionen. Zum Beispiel der Franzose Gaël de Boissard, der einst als künftiger Konzernchef gehandelt wurde. De Boissard war Verwaltungsrat, CEO und Co-Leiter des Investment Bankings bei der CS International und Geschäftsleitungsmitglied der CS-Gruppe in Zürich.

Auch Tobias Guldemann sass bis Ende 2013 sowohl im Verwaltungsrat der CS International als auch in der Geschäftsleitung der CS-Gruppe. Als Chief Risk Officer war der Schweizer sogar für die globale Kreditrisiko-Politik des ganzen Konzerns zuständig. Im Sommer 2013 verkündete die CS, dass Guldemann ab 2014 Head of Reputational Risk, Corporate Responsibility and Regulatory Policy des Konzerns werde. Doch im Dezember desselben Jahres wurde bekannt gegeben, dass der langjährige Mitarbeiter die Bank verlasse – ohne weitere Begründung. Für Walter Mäder legen Mitarbeiter in Doppelfunktionen die Verantwortung des Mutterkonzerns nahe: «Wenn das Mutterhaus Verwaltungsräte in die Tochterfirma delegiert, ist das ein Indiz dafür, dass der Konzern die Gesamtaufsicht innehat.»

Für diese Sichtweise sprechen auch zwei Kreditverträge von jeweils mehr als hundert Seiten zwischen der Credit Suisse und den moçambiquanischen Firmen, die dem «Magazin» vorliegen. Diese Verträge regeln die Vergabe der CS-Milliarde und enthalten eine brisante Information: Bei zwei Krediten war nicht nur die Tochtergesellschaft CS International involviert, sondern auch die Londoner Filiale der Credit Suisse AG mit Sitz in Zürich. Die CS AG ist nach eigenen Angaben «die wichtigste operative Einheit und eine 100-prozentige Tochtergesellschaft» der CS-Gruppe. Ihr steht derselbe Verwaltungsrat vor wie der Gruppe – mit VR-Präsident Urs Rohner an der Spitze. Die Londoner Filiale der CS AG untersteht den aufsichtsrechtlichen Auflagen Grossbritanniens und der Schweiz.

Selbst wenn die CS International in London für ihre Compliance allein verantwortlich wäre, ist der Konzern in Zürich über die Beteiligung der CS AG involviert.

Es sei die Bundesanwaltschaft, die den definitiven Entscheid fällen müsse, sagt Walter Mäder. «Aufgrund dieser Sachlage würde ich aber eine Zuständigkeit der Schweiz bejahen.»

Demnach müsste die Bundesanwaltschaft ein Verfahren gegen die Credit Suisse eröffnen.

Kommt es dazu, wird die Bundesanwaltschaft abklären müssen, wer über den Kredit informiert war und wer von der mutmasslichen Korruption wusste oder hätte wissen müssen. In einem vergleichbaren Fall wurde 2011 die Alstom Network Schweiz AG zu einer Millionenbusse verurteilt. Laut Strafbefehl hatte sie nicht alle erforderlichen und zumutbaren organisatorischen Vorkehrungen getroffen, um die Bestechung ausländischer Amtsträger zu verhindern. Zwar hätten die Compliance-Regeln auf dem Papier genügt – in der Praxis aber seien sie «nicht mit der notwendigen Hartnäckigkeit durchgesetzt» worden. Mitverantwortlich für diese Organisationsmängel war laut Bundesanwaltschaft auch die Konzernzentrale in Frankreich. Diese zahlte die Verfahrenskosten und eine Wiedergutmachung. Weil sie sich kooperativ zeigte und ihre Compliance-Abläufe verbesserte, wurde sie aber nicht verurteilt.

«Alle drei Kredite sind illegal»

Dass die Credit Suisse zunehmend unter Druck kommt, wird auch daran deutlich, dass sich die Bank am 29. April erstmals mit Vertreterinnen und Vertretern moçambiquanischer NGOs getroffen hat. Man habe konstruktiv diskutiert, hiess es nach dem Gespräch in Zürich, bei dem auch der Chefjurist der Grossbank dabei war. «Wir hatten zu keinem Zeitpunkt das Gefühl, dass die CS ihre Schuld und die Illegalität der Kredite anerkennt», sagt hingegen Denise Namburete, Mitarbeiterin von Budget Monitoring Forum. «Wir stellen uns auf einen langen Kampf ein.»

Dass dieser Kampf erfolgreich sein könnte, davon ist Matthias Goldmann von der Frankfurter Goethe-Universität überzeugt. Der Experte für Internationales Öffentliches Recht und Staatsschulden hat sich intensiv mit den Krediten auseinandergesetzt. «Die internen Kontrolleure der Bank haben auf jeden Fall nicht genau hingeschaut», sagt er. Es sei erstaunlich, dass nicht einmal die Tatsache aufgefallen sei, dass eine Staatsgarantie in dieser Höhe vom Parlament hätte abgesegnet werden müssen. Er selbst habe diese Bedingung innerhalb von wenigen Minuten im Internet gefunden. Unabhängig davon ist für Goldmann die Frage nach der Rechtmässigkeit der Kredite klar: «Alle drei sind nach englischem Recht, das hier zur Anwendung kommt, illegal. Wenn ein Kredit durch eine illegale Handlung wie Korruption zustande kommt, dann muss ihn der Kreditnehmer nicht zurückzahlen.»

Anfang Juni erklärte das moçambiquanische Verfassungsgericht einen der Kredite für illegal. Um diesen Standpunkt international durchzusetzen und die Verträge zivilrechtlich für ungültig zu erklären, müsste laut Goldmann aber ein englisches Gericht über den Fall befinden. Damit Moçambique wieder Marktfähigkeit erlangt, müsste danach auch noch der IWF die Illegalität der Kredite anerkennen. Erst dann hätte das Land die Möglichkeit, eine Rückzahlung der Kredite zu verweigern – und die Gläubiger müssten die Schulden allenfalls abschreiben.

«Ein solcher Prozess braucht einen extrem langen Atem», sagt Matthias Goldmann. «Und die Zeit arbeitet gegen Moçambique.» Das Land habe aktuell keinen Zugang zu den eingestellten IWF-Geldern und sei im finanziellen Ausnahmezustand. Realistisch

gesehen müsse Moçambique wohl versuchen, möglichst bald einen besseren Deal zur Umstrukturierung der Kredite zu bekommen. Es sei vorstellbar, dass die Credit Suisse ab einem gewissen Punkt bereit sei, günstigeren Bedingungen für Moçambique zuzustimmen. «Je mehr Verfahren es gibt und je weiter diese fortschreiten, desto schlechter stehen die Chancen der CS, einfach so davonzukommen.»

Neben der Zivilklage in London droht der Bank nun auch ein strafrechtliches Verfahren in den USA – und eines in der Schweiz. Während Walter Mäder überzeugt ist, dass die Schweizer Bundesanwaltschaft bei guter Beweislage gegen die CS vorgehen wird, nimmt Mark Pieth an, dass die Grossbank aus politischen Gründen verschont würde. «Die Schweiz will sich nicht die Kronjuwelen kaputt machen.» Viel eher müsse sich die Credit Suisse vor der englischen und der amerikanischen Justiz fürchten. «Wenn ich die Bank wäre», sagt Pieth, «würde ich jetzt etwas Geld zur Seite legen.»

Der

Zürcher Journalistenpreis 2020

wird

Daniel Faulhaber

für seinen Artikel

Der grosse Schaugasmus

erschienen auf Bajour am 3. Dezember 2019

verliehen.

Zürich, 8. September 2020

Die Jury:


Hannes Britschgi


Susan Boos


Lisa Feldmann


Hansi Voigt


Nina Jecker


Stefan von Bergen

Preisträger



Daniel Faulhaber

Daniel Faulhaber studiert von 2011 bis 2018 Germanistik und Geschichte in Basel und Krakau und beginnt 2013 nebenher als freier Journalist für das Sportressort der «Basler Zeitung» zu arbeiten. Nach einem Jahr geht er zur «TagesWoche». Faulhaber nimmt eine Auszeit vom Studium, macht vier Monate Praktikum und arbeitet danach als freier Mitarbeiter für die «TagesWoche» und andere Medien. Ab 2016 schreibt er Texte für die «ZEIT», die «NZZ am Sonntag», die «WOZ», «Zeit Campus», die «Schaffhauser AZ» und andere. Nach Abschluss des Studiums arbeitet er als Redaktor bei der «TagesWoche», fünf Monate später wird die Zeitung eingestellt. Seit August 2019 arbeitet Faulhaber beim online-Medium «Bajour» in Basel.

Laudatio

Laudatio für Daniel Faulhaber
von *Nina Jecker*

Es gibt Texte, die sind wichtig, weil sie auf Missstände hinweisen. Andere schaffen es, einen tief im Innern zu berühren. Und dann gibt es Texte, die sind einfach gut geschrieben. «Der grosse Schaugasmus» von Daniel Faulhaber ist so einer. Der Autor taucht in eine Welt voller Sex, Porno und Gafferei ein. Etwas, was schon viele Journalisten vor ihm getan haben. Aber das Ergebnis ist in diesem Fall anders. Dieser Text ist keine Von-oben-herab Beschreibung einer Welt voller Opfer, Verlierer und Perverser. Nicht diese Art von Freakshow-Reportage eines Autors, der schon weiss, wie er ein Milieu beschreiben will, bevor er die Redaktion verlässt. Faulhaber ging unvoreingenommen, dafür mit vielen Fragen an die Sexmesse und das Pornofilm-Festival. Und er wollte Antworten. Was sind das für Menschen, die gegen Bezahlung live auf einer Bühne Sex haben? Was macht es mit einem, dabei zuzuschauen? Plaudern Pornostars hinter der Bühne auch über Sex? Spoiler-Alarm: Offenbar reden sie in der Garderobe über kaum etwas anders. Und das im Hardcore-Porno-Vokabular.

Der Autor respektiert die Sprache der Szene. Sauber und intellektuell, wenn er auf die Metaebene wechselt und analysiert, was gerade mit ihm und um ihn herum geschieht. Explizit und derb, wenn er von Gruppensex und gespreizten Beinen berichtet. Und er geht weiter als viele vor ihm. Er setzt sich backstage zu den Darstellerinnen und Darstellern. Stellt Fragen zu Gleichberechtigung und Selbstwert. Und erfährt dabei allerlei. Über Perlenketten in Vaginas und riesige Penisse aus Ungarn. Er betrachtet und hinterfragt sich

selber beim Gaffen. Und er schafft es, zwischen all den überdimensionierten primären und sekundären Geschlechtsmerkmalen seinen neugierigen Blick zu behalten. «Der grosse Schaugasmus» wertet nicht, er beschreibt. Er beschreibt es brillant. Mit einer Sprache und Dramaturgie, die so intensiv sind, dass man am Schluss, wenn das Licht plötzlich wieder angeht im Live-Sex-Raum, fast selber ein bisschen ertappt zurückbleibt.

Es ist diese Intensität, kombiniert mit einer klugen und witzigen Sprache, die diesen Text preiswürdig macht. Es ist zu hoffen, dass die Pornoindustrie nicht der letzte Ort war, zu dem Daniel Faulhaber noch Fragen hatte.

Der grosse Schaugasmus

Erschienen am 13. Dezember 2019

*Bajour war auf der Extasia und hat einige Stunden lang backstage mit Pornodarsteller*innen abgehangen. Auch an den Porny Days in Zürich ging es um Sex, aber anders. Zwei Events, ein Thema und zum Schluss kam es zum Super-GAU. Eine Reportage mit Blick in den Spiegel.*

Von Daniel Faulhaber

Im Moment höchster Schaulust werden unsere Gesichter zu Fratzen.

Zürich im November, es regnet und kalt ist es auch. Wir haben uns zu zwölft an einer Bushaltestelle an der Langstrasse getroffen, wie es uns die Veranstalter dieser «Sexpionage» gesagt haben. Wir haben Feldstecher dabei, oder Fernrohre und wissen noch nicht wozu. Wir betreten ein Haus, dann einen Lift, fünfter Stock, dann gehen wir einen dunklen Gang entlang und stehen endlich in einem Zimmer. Zu zwölft stehen wir da an der Fensterfront. Reden ist nicht erlaubt. Wir fummeln die Abdeckkappen von den Linsen unserer Schaugeräte oder fahren die Guckrohre aus und richten dann im Kollektiv unsere Augen durch all das Gerät auf ein hell erleuchtetes Fenster im 25hours Hotel schräg gegenüber.

Ich sehe mindestens drei Frauen und vier Männer. Ich kann mich täuschen, das Fernrohr zittert in meiner Hand. Da ist ein Bett. Da packen sie einen in Frischhaltefolie. Und da, schwarze Spitze. Ein Penis unter einem Rock. Metall in Nippeln. Ich erinnere mich an Tattoos und eine Peitsche.

Es ist mucksmäuschenstill in unserem Raum, aber man kann uns atmen hören. Man hört das fahle Reiben, wenn wir an den Geräten herumschrauben auf der Suche nach mehr Schärfe im Bild. Mein Fernrohr ist ein Scheissding, ich seh nur verschwommene Schemen. Feldstecher werden herumgereicht. Probiert mal damit. Man hilft sich unter Voyeur*innen. Und jede*r darf mal an das gute Fernrohr am Fenster, das mit dem Stativ und der optimalen Voreinstellung. Schön der Reihe nach. So hat immer einer von uns tolle Sicht während die anderen eben schrauben und drehen und die Augen zusammenkneifen und die Mundwinkel verziehen als müssten wir unsere Gesichtszüge auspressen, damit wir an die Essenz dieser Sexpionage gelangen, den

klaren, geilen Blick auf den Gruppenfick dort drüben.

Sie wissen, dass wir da sind und ihnen zuschauen. Wir wissen, dass sie das wissen. Das hier ist ein abgekartetes Spiel.

Am letzten Novemberwochenende 2019 gingen in Basel und Zürich zwei aussergewöhnliche Events über die Bühne. Die Extasia in Basel, die Porny Days in Zürich. Nichts wäre falscher, als diese beiden Veranstaltungen über einen Kamm zu scheren. Ich bin hingefahren, an beide, und es war wie ein Ausflug in zwei verschiedene Galaxien.

In Zürich hab ich mit ein paar Coolkids anderen Coolkids beim Sex zugeschaut und mich danach über weibliche Selbstermächtigung im Femporn unterhalten. In Basel habe ich fünf Stunden lang backstage mit deutschen Pornodarsteller*innen abgehangen. Darüber wird hier berichtet.

Dieser Text enthält obszönes, sexistisches Vokabular, wie die Welt, die er beschreibt, teilweise obszön und sexistisch ist. Natürlich ist dieser Text in der Ich-Perspektive geschrieben, alles andere ist feige. Dieser Text ist trotzdem nicht mutig. Dieser Text ist ein dreckiges Stück Klassismus wie alle «Milieustudien», in denen gut situierte Reporter*innen in eine «faszinierende Welt eintauchen», was übersetzt in der Regel soviel heisst wie den Leser*innen eine Freakshow zum Frass vorzuwerfen. Ich bin einer von vielen. Vor mir sind schon Legionen von Feuilletonboys auf ihrem eigenen Sabber durch Sexmessen gesurft um danach mit schönen Worten über «traurige Tiere» oder «erotische Einöden» zu schreiben und Fotos zu zeigen von alten Männern mit schwitzigen Glatzen und Plastiktüten in der Hand.

Dieser Text versucht, den Blick auch auf sich selber zu richten. Also auf mich und auf die, die da mit mir auf nackte Leiber starren.

.....
Voyeurismus, der. Ist eine Form der Sexualität, bei der ein Voyeur (umgangssprachlich auch Spanner genannt) durch das Betrachten von seiner Präferenz entsprechenden, sich entkleidenden oder nackten Menschen oder durch das Beobachten sexueller Handlungen sexuell erregt wird (Wikipedia).

Von Zürich am Freitagabend nach Basel. Samstagnachmittag auf der Extasia. Es riecht nach Hallenstaub und süßem Deodorant. Auf der Hauptbühne gibts Techno und Strobo. Die Frauen werfen die Beine in die Luft und die Männer filmen. Die Moderatorin sucht «Ladies» aus dem Publikum für einen wet T-Shirt Contest und findet erstmal keine. Der Burger schmeckt beschissen. Ich denke mir schon nach 15 Minuten, was jetzt.

Ich würd ganz gern hinter die Bühne. Ich will wissen, wie diese Darstellerinnen sich auf die Shows vorbereiten. Ich will wissen, was sie als Erstes tun, nachdem sie abgetreten sind. Über was sie reden, hinter den Kulissen. Was geht dort ab? Ich ruf Arnold an, den Medienverantwortlichen.

Arnold war mir bis zu dem Zeitpunkt keine grosse Hilfe. Auf alle ziemlich vorhersehbaren Medienfragen (wie lange gibts die Extasia bereits, woher kommen die Aussteller*innen etc.) wusste Arnold nur ungefähre Antworten, aber jetzt, jetzt kann Arnold helfen. Ich gehe hinter ihm eine schmale Treppe hinauf. Er klopft an einer Garderobe, steckt den Kopf rein und sagt, da sei einer von der Presse, der wolle hier reinkommen, ob das gehe. Eine Männerstimme antwortet von drinnen, das gehe auf gar keinen Fall und ob Arnold eigentlich bescheuert sei.

«Das hier ist der einzige Ort, an dem meine Leute ihre Ruhe haben», sagt Björn, der Booker, dem die Stimme gehört. «Das Letzte was ich hier brauche ist einer, der fotografiert.»

Ich sag: «Ich hab keine Kamera dabei» und wedle ein bisschen dämlich mit meinem Notizblock herum.

Björn, der Booker: «Ah, wenn das so ist, na dann kein Problem, komm rein.»

Hinter der Bühne: Die Darsteller*innen

Die Extasia und die Porny Days haben natürlich auch etwas gemeinsam: Bei beiden Veranstaltungen geht es irgendwie um Sex und Fragen der Darstellung von Körpern und Sexualität. Die Extasia gibts seit «ungefähr 2003» (O-Ton Meyer), das Filmfestival Porny Days findet 2019 zum siebten Mal statt. Es zählt sich mit ähnlichen Festivals wie etwa den Luststreifen in Basel zur Avantgarde einer selbstbewussten Erotik-Kultur. Die ist vornehmlich akademisch geprägt, kritisch, verspielt und ein bisschen selbstverliebt.



Jeder darf mal an das gute Fernrohr am Fenster ran.

© Daniel Faulhaber

Die Extasia dagegen kann man als letzte Zuckung einer untergehenden Porno-Industrie beschreiben, der das Internet längst den Stecker gezogen hat. Man kann dies und das kaufen und auch DVDs. Damit ist über den Zeitgeist dieser Messe alles gesagt.

Ich bin jetzt erstmal im Backstage-Bereich. Es ist ein enger Raum, überall quellen Klamotten aus aufgeklappten Koffern am Boden. Auf dem einzigen Tisch stehen Plastikbecher, Eistee, Cola, Sekt, Jägermeister und Wasser. Auf dem Fensterbrett liegen Center Shocks, diese extrem sauren Kaugummis, und Lollipops. Es wird geraucht. Es hat sechs Stühle, vier sind besetzt und auf einem sitze jetzt ich. Da sind:

Vivian Schmitt. Die Erfahrene. Schmitt wird mir als «letzte Grande Dame» des Pornos vorgestellt, sie hat lange Wimpern und raucht. Dem Dialekt nach kommt sie aus Berlin. sie redet obszön as fuck und macht viele Spässe. «Ich kenne niemanden in der Branche, der so lustig ist», sagt

Björn. Der Booker. Björn hält hier hinten den Laden zusammen. Wenn er sagt, «Leute, jetzt mal im Ernst, hört auf unter dem Feueralarm zu rauchen», dann kuscheln alle und machen das Fenster auf. Björn ist es gewohnt, dass man ihn beim Reden nicht unterbricht. Er war selber Producer und Performer und hat Filme gedreht mit Titeln wie «Dreckig angemacht und aufgespiesst». Björn redet mit Respekt über Profis wie

Lullu Gun und Jason Steel. Das live-Sex-Pärchen. Lullu und Jason, die anders heissen aber wen interessiert das schon, sind verheiratet. Lullu ist besonders, weil sie hat nichts an sich machen lassen und das können hier nicht viele von sich behaupten, sagt sie. Sie hat

schwarze glatte Haare und ein Zungenpircing. Jason ist ein hübscher, grosser Typ mit wasserblaue Augen. Er trägt zum Sex einen Hut und motzt, wenn er vor der Show seinen grossen komplettrasierten Pimmel in die viel zu enge durchsichtige Unterhose wursteln muss.

Lullu und Jason sind Freund von

Lena Nitro. Dem Star der Truppe. Lena hat wie Lullu nichts an sich machen lassen und auf ihrer Homepage steht, sie sei die aktuell erfolgreichste deutsche Pornodarstellerin. Sie ist gerade mal 157 Zentimeter gross aber kann eine zwei Meter lange Perlenkette in sich hineinstecken. Lena ist die gute Seele in der Garderobe, sie holt Sekt wenn Vivienne Sekt will und fragt Jason, ob der wirklich denke, ein Joint 20 Minuten vor der Show sei eine gute Idee. Lena wird Lullu und Jason später an diesem Tag noch den Arsch retten, wenn in deren Live-Show der Busch brennt. Aber das weiss jetzt noch niemand, also haben alle gute Laune.

Moral und Katholizismus

Nachdem Björn klargestellt hat, dass ich ab sofort in dieser Garderobe sein dürfe, denn ich sei Journalist und zwar «keiner von einem dieser Rotzmagazine, sondern einer, der will des hier mal aufschreiben, wie des wirklich ist» – nachdem Björn das also netterweise über mich gesagt hat, ohne dass ich je erwähnt hätte, für wen ich arbeite, bin ich voll akzeptiert und kann hier während der folgenden Stunden rein und raus wie's mir passt. Nur wenn Lena oder einer der anderen Frauen sich diese Perlenkette einführen, dann muss ich raus. «Ich schieb mir des Ding nicht in die Fotze solange diese Journalisten-Schwuchtel hier rumhängt», heisst es dann. Ich geh dann also

jeweils kurz raus und Lena holt mich dann wieder rein.

Ich will alles wissen. Wer wieviel verdient, wieviel hier gekokst wird, wie das so ist, auf der Bühne vor all den Kameras, ob die Frauen denken, sie seien nur Lustobjekte, und was die Männer von Gleichberechtigung halten.

Ich mach mich mit diesen Fragen natürlich komplett zum Affen, aber weil Björn gesagt hat, ich sei keiner von einem dieser «Rotzmagazine», sind alle sehr geduldig mit mir und Lena gibt mir sogar ein Center Shock weil sauer macht lustig, sagt sie. Offenbar bin ich Deutschlands erfolgreichster Pornodarstellerin nicht lustig genug.

Dann erzählen alle ein bisschen durcheinander und um es kurz zu machen: Nein, die Frauen halten sich nicht für Objekte und auch nicht für Opfer, die Opfer sind wenn schon die Männer weil «die müssen den Schwanz hochhalten und verdienen dabei einen Scheiss» (O-Ton Lullu). Gekokst wird nicht, aber gesoffen und das nicht zu knapp. Lullu und Jason performen während der Extasia elf Mal, drei Mal Freitag und Sonntag, viermal am Samstag. Pro Show kriegt Jason 320 Euro, die Gage von Lullu weiss ich nicht. Jason sagt, von den insgesamt 3520 Euro gingen eine ganze Menge sofort wieder für irgendwelche Auslagen flöten und dass vom Porno alleine in Deutschland eigentlich niemand mehr leben könne, punkt.

Jason hat mal bei einer Bank gearbeitet und dort besser verdient. Aber er würde das heute nicht mehr tun und zwar, achtung, aus moralischen Gründen

Er sagt: «Es war schon immer so, dass man finanziell gut dasteht, wenn man Scheisse baut.»

Da steckt einer bis zum Hals im Prekariat aber moralisch lässt Jason nichts anbrennen. Ehrenmann. Für die Moral haben sie hier übrigens ein Synonym. Es lautet: Katholisch. Das mag ein bisschen altmodisch erscheinen, aber immer dann, wenn die Porn-Stars über den Feind reden, also über alle, die Pornografie verhindern wollen, dann sind das plötzlich Katholiken. Instagram zum Beispiel ist ein katholisches Netzwerke, weil es Werbung von Porno-Darsteller*innen unterbindet und Nippel zensiert. Google ist nicht katholisch. Die Staatsanwaltschaft ist sehr katholisch.



Sie haben dieses Bild schon tausendmal gesehen und das macht es jetzt auch nicht besser.

© Daniel Faulhaber

Undsoweiter. Björn sagt: «Die Pornoindustrie hat das Internet erst gross gemacht und heute will man uns zensieren. Diese katholische Moral geht mir auf den Sack.»

Geld ist in der Garderobe ein grosses Thema. Wer hat wieviel verdient hat am DVD-Stand, das wird hier oben in Echtzeit abgeglichen. Vivian Schmitt cashst ordentlich ein. Mit einer Handvoll Schweizer Banknoten wedelt sie dann vor dem Schritt herum und ruft, «alleman Maul halten, ich muss Geld zählen Brra Brra Brra». Die Frau ist 41 Jahre alt. Manchmal verkauft sie getragene billig-Stiefel von Deichmann an «so'n komischen Typen», der gibt ihr dann 200 Euro dafür. «Wat willst sagen, Alter.» Wenn jemand die Türe aufmacht ruft die Grande Dame «Mach die Tür zu es zieht.» Lena sagt: «Entspann dich, iss doch mal was Süsses», aber Vivian Schmitt, die lustigste Frau in der Branche, hat auf Center Shocks keine Lust. «Man sieht's mir nicht an, weil ich fett bin, aber ich ess nix Süsses.»

So geht das in einem fort. Die Darsteller*innen frotzeln und klagen und lästern über andere Pornostars oder erzählen sich krasse Anekdoten von ihren Drehs. Ich hätte gedacht, dass die in der Branche keinen Bock haben auf Sextalk, wenn das Scheinwerferlicht aus ist. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall. Es geht die ganze Zeit um Sex und um

den wirklich gigantischen Schwanz eines Ungarn, dessen Namen ich mir nicht aufgeschrieben habe. Jetzt werden Fotos herumgezeigt, damit alle, die noch nie mit dem Ungarn gedreht haben, Bescheid wissen. Dann werden Jason und Lullu zur live-Show geholt. Ich geh mit.

Zürich: «Does a vagina look like a flower?»

Das erste Kurzfilmprogramm im Zürcher Kino Riffraff, die Porny Shorts 1, Freitagabend, 18:30 Uhr, ist ausverkauft. Über den Screen flackern künstlich animierte Blumen, Lilien oder so, die wie Geschlechtsteile aussehen. Eine Frauenstimme sagt aus dem Off: «Does a vagina look like a flower?»

Auch wenn wir Zuschauer*innen im Dunkeln sitzen, hat das gemeinsame Schauen auf diese Leinwand auch für uns etwas Exhibitionistisches. Wir sind hier, zusammen, um Pornos zu schauen. Wir tragen dabei keine Ironiemarker wie die besoffenen Homies, die mit Santigglausmützen durch die Extasia torkeln um zu zeigen, dass sie «nur so zum Spass» da sind und «alles nicht so gemeint» sei. Nein, wir haben uns schön angezogen, wir haben gepflegte Bärte und tragen dezentes Make-Up. Wir sind nicht ironisch hier.

Wobei das nicht heisst, dass es nicht lustig zu und her ginge in diesem Kinosaal. Es

wird viel gelacht, weil es zum Einen manchmal natürlich sehr lustig ist. Aber das Lachen ist auch eine Entkrampfungsstrategie, eine Art Crinch-Ableiter. Man kann auch reden, aber bitte nicht zu leise weil das Schlimmste ist, wenn alle mucksmäuschenstill sind und auf der Grossleindwand wird hart gevögelt. Erst dann kriegt das Ganze eine wirklich öbszöne Note. Aber mit dem Lachen gehts irgendwie, dann ist es cool und aufgeklärt und ziemlich progressiv, hier zu sein. Die wirklich Abgeklärten erkennt man wiederum daran, dass sie nicht lachen. Sie sagen manchmal «shhht» und dann ist es kurz still.

Neben mir sitzt Luke, blond, 30 Jahre alt, Webentwickler. Wir rauchen nach dem Film Zigaretten und er sagt, er sei pornosüchtig und dass er sich angewöhnt habe, offen über solche Dinge zu reden. Man müsse dringend mehr reden, über all das, was man mag und nicht mag. Sex sei gesellschaftlich betrachtet immer noch «the elephant in the room». Die einen kichern beim Gedanken daran, die anderen machen sexistische Scheisswitze und nichts verändert sich, sagt Luke. Die Porny Days helfen ihm dabei, seine sexuelle Identität und das, was er mag, in Worte zu fassen.

An den Porny Days ist nichts eindimensional, es geht immer um Aushandeln, Beziehungen, Konsens und ich-aussen-Wechselspiele. Jeder voyeuristische Blick wirft mich auf



Lullu Gun und Jason Steel

© Daniel Faulhaber

mich selber zurück. In der Spionagekammer mit den Fernrohren zum Beispiel sind die Beobachter*innen längst Teil der Performance geworden. Es liegen Notizbücher herum und an der Wand hängen Post-its, auf denen die Besucher*innen beschreiben, was das hier mit ihnen macht. Jemand schreibt: «Ich fühle mich schuldig, aber kann die Augen nicht abwenden. Warum? Thanks for this experience.»

An der Extasia ist die Beziehung zwischen sehen und gesehen werden eine Andere, das kann man am folgenden Live-Auftritt von Jason Steel und Lullu Gun sehr präzise beschreiben.

Der Sex findet in einem abgetrennten Bereich statt, filmen ist hier verboten, der Eintritt kostet 20 Franken extra zum 40-Franken-Tagespass dazu. Es ist ein kahler Raum, in der Mitte steht eine runde Bühne aus weisser Leder-Optik. Das Ganze ist szenografisch so arrangiert, dass alle Fluchtlinien auf diese Mitte zulaufen. Jason nennt diese Bühne die «Fickinsel».

Beim Eingang werden 3D-Brillen verteilt. Wozu das, denke ich, ist doch live.

Die Show beginnt, Jason und Lullu kommen rein, er hat wieder diesen dummen Hut auf dem Kopf und der Arsch passt einfach nicht ganz in diese viel zu enge Unterhose. Und ich begreife jetzt rasch, wozu die 3D-Brille da ist. Jason und Lullu werden beim Sex gefilmt, live, on Stage. Der Stream wird zeitgleich auf zwei Bildschirmen neben der Bühne direkt übertragen und zwar eben in 3D. Das ist wahnsinnig seltsam. Der Effekt ist, dass hier 60, 70 Leute sitzen und Jason und Lullu beim Sex zuschauen und zwar zu gleichen Teilen live 1, also in persona, wie live 2, also im künstlich reproduzierten Sinn. Die Realität und das Abbild verschmelzen synchron zu einer, wie soll man das nennen, einer technisch angereicherten Fantasie-Realität.

Wir, die Zuschauer*innen, treten dagegen komplett in den Hintergrund. Durch die schwarzen fettigen Brillen auf unseren Nasen sehen wir alle irgendwie gleich aus, wodurch eine Illusion von Anonymität entsteht. Die Männer und Frauen um mich herum starren apathisch, manche haben die Münder offen, auch hier entgleist uns die Mimik im Augenblick erregter oder geschockter, auf jeden Fall voyeuristischer Betrachtung.

Wieder: Im Moment höchster Schaulust werden unsere Gesichter zu Fratzen.

Nur dass im Unterschied zu den Porny Days hier keine Selbstspiegelung stattfindet, im Gegenteil. Alles ist darauf angelegt, sich selbst zu vergessen, um hemmungslos gaffen zu können. Die Musik betäubt uns die Ohren, die Brille betrügt uns um Klarsicht und der Bildschirm suggeriert einen doppelten Boden, wo keiner ist. Aber ohne diesen doppelten Boden kommt die konventionelle Porno-Branche nicht aus, sie ist darauf gebaut.

Diese schlafe unkritische Geilheit im Publikum ist der Nährboden, auf dem diese Branche steht. Darum darf es nicht «einfach live» als «real» sein, darum hängen hier überall Bildschirme, darum wird jede Sequenz dieser Messe-Realität technisch überdreht, überspitzt und verfälscht, vielleicht sind auch darum alle möglichen Gliedmassen bis zur Unkenntlichkeit aufgeblasen, damit unser Restposten funktionierendes Gehirn etwas zum Festhalten hat und beruhigend auf uns einwirkt, als wolle es uns sagen: Das kann ja alles nicht wahr sein.

Die Realität wird hier so inszeniert, als könne man sie wegklicken, wenns so weit ist.

Pornographie, die, wird in einem Entscheid des Bundesgerichts wie folgt definiert:
«Der Begriff der Pornographie setzt einerseits voraus, dass die Darstellungen oder Darbietungen objektiv betrachtet darauf ausgelegt sind, den Konsumenten sexuell aufzureizen. Zum anderen ist erforderlich, dass die Sexualität so stark aus ihren menschlichen und emotionalen Bezügen herausgetrennt wird, dass die jeweilige Person als ein blosses Sexualobjekt erscheint, über das nach Belieben verfügt werden kann. Das sexuelle Verhalten wird dadurch vergrößert und aufdringlich in den Vordergrund gerückt.»

Ich bin ziemlich erschöpft vom vielen Starren und die Darsteller*innen sind offenbar ebenfalls schlapp vom andauernden Auf- und Abtreten. Ausserdem sind einige langsam besoffen. Manche reden laut und haben rote Gesichter. Lena Nitro hat Rückenweh und Muskelkater und muss sich alle Nase lang von irgendwem den Rücken knacken lassen. Auch Vivian Schmitt klagt über Rückenschmerzen und als Jason fragt, warum denn, ob's «wegen der Titten» sei, sagt Schmitt nein, das habe mit der ungesunden Haltung vor der Webcam zu tun.

Andere haben Scheuerwunden an den Knien oder an der Hüfte und in einem sind sich alle einig: Sobald man in einem Raum das Wort «Videodreh» in den Mund nimmt, wachsen allen anwesenden Pornodarsteller*innen Pickel am Arsch. Immer. Überall. Das sei dann ganz schlecht fürs Close-Up, aber das Schicksal sei «eben auch nur eine bitch», sagt Björn.

Immerhin könne man mit so einem Pickel hinten und vorne gleichzeitig abspritzen, erwidert Jason.

Und jetzt ruft sogar die hartgesottene Schmitt rüber, was für ein ekliger Typ er denn bitte sei, er solle jetzt besser das Maul halten.

Ich bin am Ende. Jason und Lullu machen sich gerade fertig für ihre vierte Show. Sie wird zum grössten anzunehmenden Unfall.

Lullu Gun und Jason Steel haben mir ausführlich erklärt, dass für sie diese live-Sache nur funktioniert, weil da diese Kamera ist, in die sie schauen können und vor allem, weil da Musik läuft. Das Publikum macht sie nicht nervös, solange die Musik spielt, das hat insbesondere Lullu Gun mehrfach betont.



Rechts im Bild: Die «letzte Grande Dame des deutschen Pornos», Vivian Schmitt, bei einem Interview auf der Hauptbühne.

© Daniel Faulhaber

Und dann, in ihrer vierten Show Samstagabends um 22:30 Uhr, gibt es eine technische Störung und mitten während des Lieds «Come Together» von den Beatles (aber in Rockabilly-Version) bricht der Sound ab und die Bildschirme werden schwarz und irgendwie gehen auch ein paar Lichter an, auf jeden Fall wird durch diese technische Panne der gnädige Vorhang der Illusion von einer auf die andere Sekunde aufs Brutalste heruntergerissen. Jason, der schon zuvor geschwächt wirkte und sich zum Schluss der Show wie ein Wahnsinniger darum bemühen musste, nochmal etwas Lebenselixir aus sich herauszuwedeln, sackt jetzt zusammen wie ein Windbeutel und auch bei Lullu ist der Ofen augenscheinlich aus.

Da kommt mitten in der unvorhersehbaren Panik dieses Coitus interruptus plötzlich Lena Nitro hinter dem Vorhang hervor und schlägt die Hände über dem Kopf zusam-

men, um das Publikum zum Klatschen zu animieren, ohne Scheiss jetzt, und ein paar Zuschauer*innen machen mit, aber leider auch nicht so viele, egal, the Show must go on. Also wedelt Jason wieder und Lullu macht auch irgendwas und Lena klatscht und sie tun mir so wahnsinnig leid da oben, weil irgendwer fummelt jetzt auch noch an der Soundanlage rum und spielt Hiphop, dabei waren Jason und Lullu doch mehr so im Come-Together-Modus. Auf jeden Fall ist das jetzt der komplette Abfuck, aber nun heisst es stark bleiben und Jason gibt echt alles, der alte Vollprofi, und kommt irgendwie doch noch, aber das Publikum ist da schon nicht mehr ganz bei der Sache.

Denn durch das angegangene Licht wurden auch wir, die Gaffer*innen, als Teil der Performance entblösst und als die Voyeur*innen entlarvt, die wir sind. Und alles Augenreiben und Brille abnehmen und Verlegenheitsgetue

hilft nichts, denn für einen kurzen Moment haben auch an der Extasia ein paar Leute diese Gesichter, unsere Gesichter gesehen. Unsere Fratzen im Augenblick höchster Lustschau.

Bisherige Preisträgerinnen und Preisträger

1981

Hugo Bütler, Peter Frey, Urs P. Gasche

1982

Caroline Ratz, Jonn Häberli, Wilfried Maurer,
Hans Moser, Edmund Ziegler

1983

Andreas Kohlschütter, Gisela Blau,
Gottlieb F. Höpli, Peter Meier

1984

Dieter Bachmann, Georg Gerster,
Anna-Christina Gabathuler

1985

Margrit Sprecher, Herbert Cerutti,
Arthur K. Vogel

1986

Markus Mäder, Verena Eggmann, Hans Caprez
Klaus Vieli, Benedikt Loderer

1987

Christian Speich, Jürg Frischknecht,
Martin Born

1988

Werner Catrina, Barbara Vonarburg,
Christoph Neidhart

1989

Beat Allenbach, Hansjörg Utz, Rolf Wespe
Alois Bischof, Niklaus Meienberg, Jürg Rohrer

1990

Ursula Binggeli, Colomba Feuerstein,
Urs Haldimann, Toni Lanzendörfer,
Josef Rennhard, Al Imfeld, Stefan Keller
Hedi Wyss, Hanspeter Bundi

1991

Peter Hufschmid, Christoph Keller,
Christina Karrer, Ernst Hunziker,
Guerino Mazzola, Isolde Schaad

1992

Hans Caprez, Christine Fivian-Isliker,
Erwin Koch, Patrik Landolt, Linus Reichlin,
Mix Weiss, Nadia Bindellam, Regula Heusser
(Swissair-Preis)

1993

Thomas Burla, Antonio Cortesi, Sepp Moser,
Kaspar Schnetzler, Walter Sturzenegger,
Barbara Suter, Edith Zweifel, Peter Pfrunder
(Swissair-Preis)

1994

Herbert Fischer, Peter Haffner, Stefan Keller,
Willi Wottreng, Brigitte Hürlimann (Swissair-
Preis), Giorgio von Arb (Swissair-Preis)

1995

Erwin Haas, Erwin Koch, Herbert Cerutti,
Regula Heusser-Markun, Richard Stoffel,
Martin Frischknecht (Swissair-Preis)

1996

Irène Dietschi, Lukas Lessing (Text),
Ute Mahler (Bild), Bernard Senn,
Ronald Sonderegger, Peer Teuwsen (Text),
Reto Klink (Bild), Peter Sidler (Text) (Swissair-
Preis), Daniel Schwartz (Bild) (Swissairpreis)

1997

Pia Horlacher, Thomas Meister, Bruno Ziauddin,
Finn Canonica (Swissair-Preis)

1998

Fredi Lerch, Christoph Keller,
Christoph Neidhart, Alfred Schlienger,
Peter Haffner (Swissair-Preis)

1999

Daniel Ganzfried, Brigitte Hürlimann,
Beat Kappeler, Bernhard Raos, Urs Rauber
Werner Lüdi (Swissair-Preis)

2000

Beat Kraushaar, Martin Meier, Irena Brezná,
Nicole Müller, Richard Reich, Miklós Gimes
(Swissair-Preis)

2001

Martin Beglinger, Alexej Djomin, Andri Bryner,
Lisbeth Herger, Rahel Stauber, Urs Rauber,
Oswald Iten (Swissair-Preis)

2002

Jürg Ramspeck (Gesamtwerk), Jürg Rohrer
(Alltag/Kleine Form), Arthur Rutishauser,
Patrik Landolt, Stephan Ramming,
Anna Schindler, Georg Seesslen, Ursula von Arx,
Peter Ackermann

2003

Margrit Sprecher (Gesamtwerk),
Daniel Germann (Alltag/Kleine Form),
Michael Marti, Bernhard Odehnal,
Cornelia Kazis, René Staubli

2004

NZZ Auslandredaktion (Gesamtwerk),
Daniele Muscionico (Alltag/Kleine Form),
Bruno Vanoni, Andreas Schürer,
Markus Schneider, Jean-Martin Büttner

2005

Manfred Papst (Alltag/Kleine Form),
Thomas Angeli, Daniel Benz, Rico Czerwinski,
Nico Renner, Meinrad Ballmer, Marco Zanchi

2006

Peter Baumgartner (Gesamtwerk),
René Brunner (Alltag/Kleine Form),
Peer Teuwsen, Karin Wenger,
Christoph Scheuring, Hansi Voigt,
Ursula Gabathuler

2007

Karl Lüönd (Gesamtwerk),
Charlotte Jacquemart, Daniel Hug,
Bruno Ziauddin, Christian Schmidt,
Gabrielle Kleinert, Marcel Hänggi

2008

Rainer Stadler (Gesamtwerk), Constantin Seibt
(Zeitung), Anja Jardine (Zeitschrift), Daniel
Ryser (Nachwuchs)

2009

Bernard Imhasly (Gesamtwerk), Catherine Boss,
Martin Stoll, Karl Wild (Zeitung), Roland Bingis-
ser (Zeitschrift), Dinu Gautier (Nachwuchs)

2010

Balz Bruppacher (Gesamtwerk), Viktor Dam-
mann (Zeitung), Mathias Ninck (Zeitschrift),
Christian Kündig und Lukas Messmer (Nach-
wuchs)

2011

Michael Meier (Gesamtwerk),
Dagmar Appelt, Katharina Baumann (Zeitung),
Otto Hostettler, Dominique Strebel (Zeitschrift),
Maurice Thiriet (Nachwuchs)

2012

Gion Mathias Cavelty (Zeitung),
Daniel Ammann (Zeitschrift), Julia Hofer
(Zeitschrift), Joel Bedetti (Nachwuchs)

2013

Köbi Gantenbein (Gesamtwerk),
Rico Czerwinski, Iwan Städler, Susi Stühlinger

2014

Frank A. Meyer (Gesamtwerk), Simone Rau,
Mark Dittli, Alex Baur

2015

Arnold Hottinger (Gesamtwerk), Andrea Jeska,
Christian Brönnimann, Manuel Bühlmann,
Oliver Wietlisbach

2016

Felix E. Müller (Gesamtwerk), Paula Scheidt,
Markus Häfliger, Thomas Preusse, Daniel Puntas
Bernet, Federico Franchini, Hannes Grassegger

2017

Rita Flubacher (Gesamtwerk),
Anja Jardine, Claudia Senn, Daniel Ryser

2018

Peter Studer (Gesamtwerk),
Barbara Klingbacher, Christian Keller,
Oliver Zihlmann, Catherine Boss,
Christian Brönnimann, Alexandre Haederli,
Julie Jeannet, Marie Parvex, Mario Stäuble,
Hannes von Wyl, William Stern (Newcomer)

2019

Klara Obermüller (Gesamtwerk),
Fabian Eberhard, Reto Schneider, Claudia Rey,
Kevin Brühlmann (Newcomer)

Dank für Unterstützung und Spenden

Trägerschaft



Sponsoren

Folgende Firmen und Organisationen
(gestaffelt nach Höhe der Beiträge) haben
die Ausrichtung der diesjährigen Preisgelder
in verdankenswerter Weise ermöglicht:



JTI
Goldsponsor



Ikea
Sponsor Newcomer-Preis

Spender

Google
Graubündner Kantonalbank
SIX
UBS
Somedia
Credit Suisse
Bank Vontobel
Chocoladefabriken Lindt & Sprüngli
Hirzel.Neef.Schmid.Konsulenten
Joh. Jakob Rieter-Stiftung
F. Hoffmann-La Roche
Novartis International AG
Verband SCHWEIZER MEDIEN
WOZ Die Wochenzeitung
Zürcher Kantonalbank

Wir danken der Druckerei Robert Hürlimann AG,
Zürich, für den Druck dieser Broschüre.

Impressum

Herausgeberin
Stiftung Zürcher Journalistenpreis
Limmatwiesenstrasse 2A
8955 Oetwil an der Limmat
T 044 750 29 68
info@zh-journalistenpreis.ch
www.zh-journalistenpreis.ch

Bankverbindung
UBS AG
8098 Zürich
IBAN CH44 0023 0230 2082 4140 J

Redaktion
Rainer Stadler

Satz und Druck
Druckerei Robert Hürlimann AG, Zürich



Stiftung Zürcher Journalistenpreis
Limmatwiesenstrasse 2A
8955 Oetwil an der Limmat
T 044 750 29 68
info@zh-journalistenpreis.ch
www.zh-journalistenpreis.ch